

## **Sprachenvielfalt und Sprachkompetenz in der Schweiz**

Ausführungsplan des Nationalen Forschungsprogramms NFP 56

## **Diversité des langues et compétences linguistiques en Suisse**

Plan d'exécution du Programme national de recherche PNR 56

## **Diversità delle lingue e competenze linguistiche in Svizzera**

Piano d'esecuzione del Programma nazionale di ricerca PNR 56



FONDS NATIONAL SUISSE  
SCHWEIZERISCHER NATIONALFONDS  
FONDO NAZIONALE SVIZZERO  
SWISS NATIONAL SCIENCE FOUNDATION

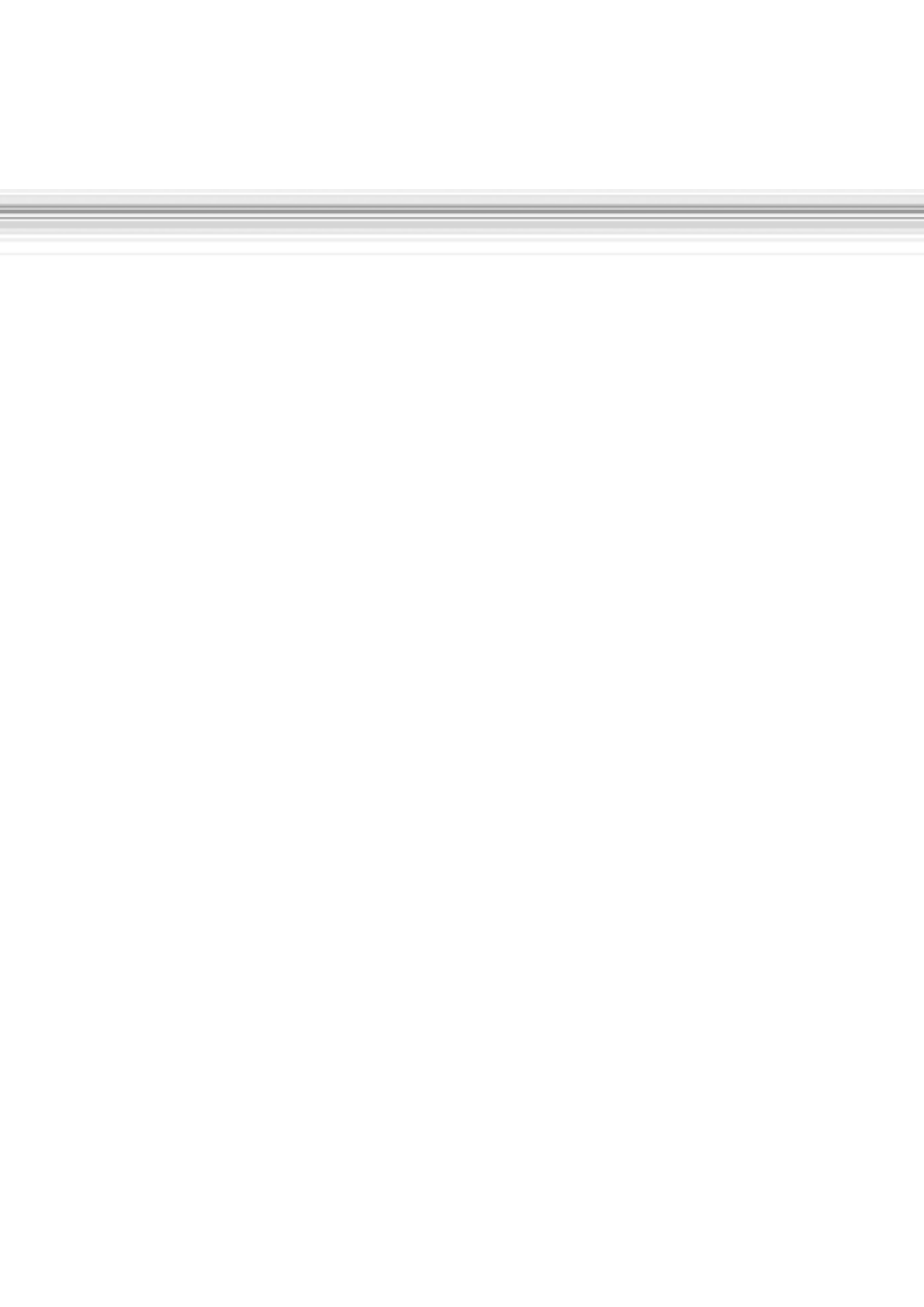


## Inhalt

## Table des matières

## Indice

<b>1. Zusammenfassung</b>	<b>5</b>	<b>Résumé</b>	<b>25</b>	<b>Riassunto</b>	<b>45</b>
<b>2. Einleitung</b>	<b>5</b>	<b>Historique du PNR</b>	<b>25</b>	<b>Cronistoria del PNR</b>	<b>45</b>
<b>3. Ausgangslage</b>	<b>5</b>	<b>Introduction</b>	<b>25</b>	<b>Introduzione</b>	<b>45</b>
<b>4. Zielsetzung des NFP</b>	<b>7</b>	<b>Objectifs du PNR</b>	<b>27</b>	<b>Obiettivi del PNR</b>	<b>47</b>
<b>5. Programm- schwerpunkte</b>	<b>8</b>	<b>Axes de recherche du Programme</b>	<b>28</b>	<b>Assi di ricerca del Programma</b>	<b>48</b>
<b>6. Adressaten und Anwendungsbereiche der Resultate</b>	<b>14</b>	<b>Destinataires et domaines d'application des résultats</b>	<b>34</b>	<b>Destinatari e campi di applicazione dei risultati</b>	<b>53</b>
<b>7. Angaben zu den erwarteten Projekteingaben</b>	<b>15</b>	<b>Indications relatives à la présentation des projets</b>	<b>34</b>	<b>Indicazioni relative alla presentazione dei progetti</b>	<b>54</b>
<b>8. Eingabeverfahren für Projektvorschläge</b>	<b>16</b>	<b>Procédure pour les pro- positions de projets</b>	<b>35</b>	<b>Procedura per le proposte di progetti</b>	<b>55</b>
<b>9. Leitung und Verwaltung des NFP</b>	<b>18</b>	<b>Organisation du PNR</b>	<b>38</b>	<b>Organizzazione del PNR</b>	<b>57</b>
9.1 Die Hauptakteure	18	Les principaux acteurs	38	Gli attori principali	57
9.2 Mitglieder der Leitungsgruppe	19	Comité de direction	39	Comitato di direzione	59



---

# **Sprachenvielfalt und Sprachkompetenz in der Schweiz**

Ausführungsplan des Nationalen Forschungsprogramms NFP 56

## **Was ist ein Nationales Forschungsprogramm (NFP)?**

Im Rahmen der NFP werden Forschungsprojekte durchgeführt, die einen Beitrag zur Lösung wichtiger Gegenwartsprobleme leisten. Gestützt auf Artikel 6 Absatz 2 des Forschungsgesetzes vom 7. Oktober 1983 bestimmt der Bundesrat die Fragestellungen und Schwerpunkte, die in den NFP untersucht werden sollen. Für die vom Bundesrat entsprechend in Auftrag gegebene Durchführung der Programme zeichnet der Schweizerische Nationalfonds verantwortlich.

Das Instrument NFP wird in Artikel 4 der Verordnung zum Forschungsgesetz vom 10. Juni 1985 (Stand am 25. Juli 2000) wie folgt beschrieben:

*«<sup>1</sup> Mit den Nationalen Forschungsprogrammen sollen untereinander koordinierte und auf ein gemeinsames Ziel ausgerichtete Forschungsprojekte ausgelöst und durchgeführt werden. Sie sollen wenn nötig ermöglichen, ein zusätzliches Forschungspotenzial zu schaffen.*

*<sup>2</sup> Als Gegenstand Nationaler Forschungsprogramme eignen sich vor allem Problemstellungen,*

- a. deren wissenschaftliche Erforschung von gesamtschweizerischer Bedeutung ist;*
- b. zu deren Lösung die schweizerische Forschung einen besonderen Beitrag leisten kann;*
- c. zu deren Lösung Forschungsbeiträge aus verschiedenen Disziplinen erforderlich sind;*
- d. die weder ausschliesslich der reinen Grundlagenforschung, der Forschung der Verwaltung (Ressortforschung) noch der industrienahe Forschung zugeordnet werden können;*
- e. deren Erforschung innerhalb von etwa fünf Jahren Forschungsergebnisse erwarten lässt, die für die Praxis verwertbar sind.*

*<sup>3</sup> Bei der Auswahl wird auch berücksichtigt, ob die Programme*

- a. als wissenschaftliche Grundlage für Regierungs- und Verwaltungsentscheidungen dienen können;*
- b. in einem internationalen Projekt bearbeitet werden könnten und auch für die Schweiz von grossem Interesse sind.»*

## 1. Zusammenfassung

Die Ziele der schweizerischen Sprachenpolitik sind einerseits die Verstärkung des Verständnisses zwischen den Sprachgruppen, andererseits die Förderung der sprachbezogenen Identitätsbildung der Individuen und ihrer erst- und mehrsprachigen Kompetenzen. Das NFP 56 will die wissenschaftlichen Grundlagen für diese Politik legen. Es ist in drei Schwerpunkte auf gegliedert: die Klärung der rechtlichen Voraussetzungen und der Rahmenbedingungen sprachpolitischer Handelns, die Aufarbeitung besserer Kenntnisse für die Förderung von Sprachkompetenzen und Kommunikationsfähigkeit und die Prüfung des Zusammenspiels zwischen Sprache und Identität.

## 2. Entstehung des NFP

Gemäss der revidierten Forschungsverordnung hat das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft (BBW) im Auftrag des EDI am 10. Juni 2002 den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) beauftragt, eine Programmskizze und eine darauf bezogene Machbarkeitsstudie für ein Nationales Forschungsprogramm mit dem vorgeschlagenen Titel: «Sprachenvielfalt und Sprachkompetenz in der Schweiz» auszuarbeiten. Die Skizze und die Machbarkeitsstudie wurden am 12./13. November 2002 vom Ausschuss des Forschungsrates in Übereinstimmung mit der Abteilung IV verabschiedet. Am 22. Januar 2003 hat der Bundesrat dem Schweizerischen Nationalfonds den Auftrag gegeben, das Nationale Forschungsprogramm 56 „Sprachenvielfalt und Sprachkompetenz in der Schweiz» durchzuführen. Für die Durchführung wurden Mittel in der Höhe von insgesamt 8 Millionen Franken bewilligt. Es ist vorgesehen, 2 Millionen für die Schwerpunkte 1 und 3, 3 Millionen für den Schwerpunkt 2 und 1 Million für die Umsetzung und die Reserve aufzuwenden. Je nach Projekteingaben und bei gegebener wissenschaftlicher Qualität ist für Schwerpunkt 2 eine Aufstockung des Finanzrahmens (zu Lasten der beiden anderen Schwerpunkte) möglich. Der Forschungsrat des SNF hat eine Leitungsgruppe gebildet, deren Aufgabe es ist, den Ausführungsplan auszuarbeiten und die Verantwortung für die strategische Führung zu übernehmen. Diese Gruppe (Zusammensetzung siehe 9.2) hat ihre Arbeit am 16. Juni 2003 aufgenommen und auf der Basis der Programmskizze den vorliegenden Ausführungsplan verfasst.

## 3. Ausgangslage

Es gibt kaum ein Land der Welt, in dem die ansässigen Menschen nicht unterschiedliche Sprachen sprächen. Die Besonderheit der Schweiz als mehrsprachiges Land beruht darauf, dass in diesem Staat mehrere Sprachen offiziell anerkannt werden. Dies erscheint noch immer als Ausnahme und macht die Mehrsprachigkeit zu einem Teil des Selbstverständnisses und der Kultur der Schweiz. Fragen der staatlichen Mehrsprachigkeit sind schon von daher von nationaler Bedeutung.

Der mehrsprachige Staat Schweiz funktioniert in erster Linie aufgrund einer eingeschliffenen Praxis. Solche Traditionen, die sich lange bewährt haben, bergen aber auch die Gefahr, nur unzulängliche und wenig flexible Mittel bereitzustellen, um auf neue gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren. Herausforderungen stellen etwa die Sprachen der Migranten und Migrantinnen dar, die teilweise grössere Sprecherzahlen aufweisen als einheimische Landessprachen, oder die steigende Unentbehrlichkeit des Englischen als Arbeits- und Freizeitsprache. Die vielen «neuen» Sprachen treten in Konkurrenz zu den traditionellen Landessprachen, die Sprachenpolitik der Schweiz kann sich nicht mehr nur auf die einheimischen Idiome beschränken, und besonders für die Verankerung des Englischen müssen effiziente Lösungen gefunden werden.

Trotzdem bleiben die Landessprachen für die politische und kulturelle Grundstruktur der Schweiz entscheidend. Zwar kennt das Land seit langer Zeit einen relativen Sprachfrieden. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass sich auch in dieser Beziehung neue

Herausforderungen ergeben. In den letzten Jahrzehnten zeichnen sich Tendenzen zur sprachregionalen Blockbildung ab. Die verstärkte Konzentration auf die Sprache als unterscheidendes Merkmal hängt zusammen mit vielerlei Faktoren, von der Verringerung der konfessionellen Bindungen bis zur engeren wirtschaftlichen und medialen Verflechtung innerhalb der Grenzen der einzelnen Regionen. Die Gestaltung des Mit- und Nebeneinanders der verschiedensprachigen Bewohner des Landes stellt je länger je mehr eine wichtige politische und gesellschaftliche Aufgabe dar.

Der gesellschaftlichen Mehrsprachigkeit der Schweiz entsprach nie eine ebenso profilierte individuelle Mehrsprachigkeit der Bevölkerung. Zwar hat der flächendeckende Unterricht in einer zweiten Landessprache Tradition, aber die individuelle Beherrschung mehrerer Sprachen wurde trotzdem nur für die Angehörigen gewisser Berufe für unabdingbar gehalten. Die gegenwärtige wirtschaftliche, soziale und politische Situation macht nun aber individuelle Mehrsprachigkeit für immer mehr Menschen aller Berufsrichtungen zu einem Schlüsselfaktor ihres wirtschaftlichen Erfolgs. Mehrsprachigkeit ist auch grundlegend für Qualität und Vielfalt der internationalen Beziehungen, in die das Land eingebunden ist, und sie ist grundlegend für die Schaffung und Weitergabe von Kenntnissen in einer modernen Gesellschaft, die auf den Zugang zum Wissen und die Vielfalt der Information angewiesen ist. Angesichts der internationalen Herausforderungen und der neuen Bedürfnisse der Wissensgesellschaft muss die Mehrsprachigkeit des eigenen Landes vermehrt als ein Potenzial begriffen werden, das für den Wirtschaftsstandort Schweiz und für alle Bewohner und Bewohnerinnen des Landes Möglichkeiten bietet, die noch zu wenig ausgeschöpft werden.

Der wirtschaftliche Gesichtspunkt darf im mehrsprachigen Staat aber nicht der einzige bleiben. Die Sprache spielt bei der Identitätsfindung der Einzelnen und der lokalen Gemeinschaften und bei der Tradierung von Wertvorstellungen eine zentrale Rolle. Der Erwerb anderer Landessprachen kann dazu dienen, über ihre Kenntnis den direkten Zugang zu den Bindungen ihrer Sprecher und Sprecherinnen zu finden und damit den Zusammenhalt des Landes zu fördern. Im Interesse der Kohäsion des Staates gilt es deshalb Mittel und Wege zu finden, damit sich die notwendige Förderung anderer Fremdsprachen nicht noch mehr zum Nachteil der Landessprachen auswirkt, wie dies bei den kleineren Sprachen bereits der Fall ist.

Angesichts der ausgeprägten Stereotypen, welche die Schweizer Sprachgemeinschaften über einander unterhalten, könnte an der völkerverbindenden Wirksamkeit des traditionellen Sprachunterrichts gezweifelt werden. Es ist deshalb zu überlegen, ob nicht die Vermittlung der Landessprachen grundsätzlich reformiert werden sollte, wobei das Gesamtsprachenkonzept Ansätze bieten kann. Zusätzlich aber sollten die anderssprachigen Mitbürger und Mitbürgerinnen direkt in den Vermittlungsprozess einbezogen werden: Wieder sollte die Mehrsprachigkeit des Landes als Potenzial begriffen werden, das systematischer als bisher für die effiziente Heranbildung einer grossen Zahl mehrsprachiger Individuen ausgenutzt werden kann.

Aus der Schlüsselstellung der Erstsprache (L1) für jedes Individuum und seine Sprachgemeinschaft ergibt sich die Aufgabe des schulischen Sprachunterrichts, die erstsprachliche Leistungsfähigkeit in allen Teilkompetenzen zu fördern. Die Einübung der schriftlichen und der mündlichen Standardregister ist in allen Landessprachen von Bedeutung. In der deutschen Schweiz muss zusätzlich der Funktionsverteilung zwischen Dialekt und Standardsprache Rechnung getragen werden.

Obwohl über die angemessensten Massnahmen zur Erhaltung und Förderung sprachlicher Minderheiten keine Einhelligkeit besteht, ist das Prinzip selber in Bezug auf die kleinen Landessprachen allgemein anerkannt. Anders verhält es sich mit den Sprachen der Migrationsminderheiten. Sie sind heute ein Bestandteil der vielsprachigen Schweiz, obwohl sie keinen rechtlichen Status auf offizieller Ebene geniessen und obwohl ihre Sprecher kein zusammenhängendes Territorium bewohnen. Es geht einerseits um die Integration der Sprecherinnen und Sprecher der Migrationssprachen und um die Chan-



cenverbesserung ihrer Kinder, und dabei spielt die Sprache zweifellos eine zentrale Rolle. Es geht andererseits aber wiederum um das Potenzial, das diese Sprachen und Kulturen für die Schweiz darstellen. «Multikulturalität» beruht auf Gegenseitigkeit. Für eine konstruktive Nutzung dieses Potenzials müssen die pädagogischen, soziologischen, juristischen und nicht zuletzt administrativen Regeln erarbeitet werden.

Endlich kann die Bedeutung der nationalen Mehrsprachigkeit für den internationalen Austausch von Personen und Wissen nicht genug betont werden. Auch hier geht es darum, ein nationales Gut auf europäischer und internationaler Ebene fruchtbar werden zu lassen.

Vor diesem Hintergrund sind Bund und Kantone aufgerufen, eine kohärente Sprachenpolitik zu formulieren. Die Erarbeitung eines Sprachengesetzes aufgrund der neuen Bundesverfassung ist ein Bestandteil dieser Politik. Eine Hauptrolle kommt aufgrund der Kompetenzverteilung im Bundesstaat den Kantonen zu.

Auf all diesen Gebieten hat die schweizerische Forschung bereits beachtliche Resultate vorgelegt; allerdings scheinen sie weder in der politischen und noch weniger in der öffentlichen Diskussion gebührend zur Kenntnis genommen zu werden. Noch viel ausgeprägter gilt dies für die einschlägige internationale Forschung. Die lange Tradition der staatlichen Mehrsprachigkeit und des obligatorischen Fremdsprachenunterrichts in der Schweiz birgt die Gefahr, dass entsprechende Diskussionen im Ausland «verschlafen» werden und die Schweiz auf Gebieten, in denen sie sich stark glaubte, unter Konkurrenzdruck oder sogar in Rückstand gerät. Gerade die eingeschliffenen Methoden schweizerischer Problemlösung können Bemühungen um sprachrechtliche oder sprachpädagogische Innovationen eher behindern. Sicher erschwert das föderalistische System einheitliche Regelungen, und der Fremdsprachenunterricht unterliegt nicht nur pädagogischen und utilitaristischen, sondern auch staatspolitischen Bedingungen. Mit derartigen Problemen hat sich aber nicht nur die Schweiz auseinander zu setzen, sie sind beispielsweise auch für die Europäische Gemeinschaft oder für Afrika von immer grösserer Bedeutung. Dies hat eine beträchtliche internationale Forschung initiiert. An alle Projekte des NFP 56 ist deshalb die Bedingung zu stellen, dass sie die einschlägige ausländische Forschung systematisch einbeziehen. Vergleichende Studien können sich hier als besonders nützlich erweisen

## 4. Zielsetzung des NFP

*Die Ziele der schweizerischen Sprachenpolitik sind einerseits die Verstärkung des Verständnisses zwischen den Sprachgruppen, andererseits die Förderung der sprachbezogenen Identitätsbildung der Individuen und ihrer erst- und mehrsprachigen Kompetenzen. Bund und Kantone sind aufgerufen, diese Ziele umzusetzen. Das Nationale Forschungsprogramm 56 hat zur Aufgabe, die wissenschaftlichen Grundlagen für diese Politik zu legen.*

Zu diesem Zweck sind die drei folgenden Schwerpunkte festgelegt worden:

### 1. Rechtliche Grundlagen und Rahmenbedingungen

Hier geht es darum, die rechtlichen Grundlagen einer kohärenten Sprachenpolitik in einem föderalistischen und mehrsprachigen Staat zu erarbeiten. Es besteht Bedarf sowohl an juristischer Grundlagenforschung wie an anwendungsorientierten Studien. Rechtliche Regelungen sind von grundlegender Bedeutung für die Organisation der Kommunikation in Staat und Schule sowie zwischen den Gemeinwesen. Sie stehen im Dienste einer Sprachenpolitik, die aber auch durchsetzbar sein muss. Es sind deshalb die Rahmenbedingungen herauszuarbeiten, die eingehalten werden müssen, damit sprach-

politische Massnahmen akzeptiert und so die angestrebten Ziele erreicht werden können.

## **2. Sprachkompetenzen**

Das Programm soll einen Überblick über die Sprachkompetenzen der Bewohnerinnen und der Bewohner der Schweiz in den Erstsprachen und in den weiteren, schulischen und ausserschulisch erworbenen Sprachen gewinnen: Was alles umfassen Sprachkompetenzen, wie bauen sie sich im Lauf der Entwicklung auf, wie können sie gemessen, wie können sie gefördert werden? Von hier aus sind Vorschläge für die Verbesserung eventueller Mängel der Sprachvermittlung und der Kommunikation zu erarbeiten, wobei die besonderen Potenziale des mehrsprachigen Staates auszuschöpfen und seine besonderen Probleme zu berücksichtigen sind. Gute und kommunikativ adäquate Sprachkompetenzen sind die Voraussetzung für das Gelingen der Kommunikation zwischen Individuen und Sprachgemeinschaften. Sie sind damit auch entscheidend für den Erfolg der Individuen wie der Wirtschaft und für das Funktionieren des mehrsprachigen Staates, und sie sind von grundlegender Bedeutung für die europäische und internationale Einbindung der Schweiz sowie für den Gewinn und die Vermittlung von Erkenntnissen.

## **3. Sprache und Identität**

Die Bedeutung der Sprache für die Identität der Individuen und Gemeinschaften soll untersucht werden. In diesem Zusammenhang ist das Verhältnis zwischen Mehrsprachigkeit und Identität von besonderem Interesse. Hier können die vielfältigen Muster von Sprachbiografien exemplarisch die Bandbreite von Spracherfahrungen zugänglich machen. Rechtliche und politische Entscheidungen müssen diese Zusammenhänge berücksichtigen, wenn sie erfolgreich sein wollen. Die Massnahmen zur Förderung der sprachlichen Minderheiten könnten über solche Überlegungen zusätzlich gerechtfertigt werden.

Für die Schwerpunkte 1 und 3 ist ein Kredit von je 2 Millionen CHF vorgesehen. Für Schwerpunkt 2 sind 3 Millionen CHF vorgesehen. Für die Umsetzung und die Reserve verbleiben 1 Million CHF. Je nach Projekteingaben und bei gegebener wissenschaftlicher Qualität ist für Schwerpunkt 2 eine Aufstockung des Finanzrahmens (zu Lasten der beiden anderen Schwerpunkte) möglich.

# **5. Programmschwerpunkte**

## **5.1 Schwerpunkt 1: Sprache, Recht und die Rahmenbedingungen sprachpolitischen Handelns**

Die juristische Regelung des Zusammenlebens der Sprachen spielte im schweizerischen Recht bis vor kurzem eine geringe Rolle; Herkunft und ungeschriebene Prinzipien waren ausschlaggebend. In neuerer Zeit ist eine verstärkte Neigung zu verbindlicher Regelung sprachlicher Fragen auf Verfassungs- und Gesetzesebene zu beobachten. Dabei gehen die Meinungen über die Opportunität und die Wirksamkeit solcher Regelungen auseinander; nicht selten sind die Stimmen, die gesetzliche Regelungen als kontraproduktiv und als den Sprachenfrieden eher gefährdend bezeichnen.

*Juristische Grundlagenforschung:* In einem ersten Themenkreis ist deshalb das Verhältnis zwischen der individualrechtlichen Garantie der Sprachenfreiheit einerseits und dem öffentlichen Interesse an Beschränkungen der Sprachenfreiheit andererseits zu klären. Aus den verfassungs- und völkerrechtlichen Diskriminierungsverboten aufgrund der Sprache und den völkerrechtlichen Bestimmungen zur Erhaltung und Förderung der

sprachlichen Minderheiten ergeben sich zwingende Vorgaben für jede Rechtsetzung, welche die Sprachen tangiert, und auch für jede Sprachenpolitik des Bundes und der Kantone. Diese Vorgaben sind herauszukristallisieren und die Zuständigkeiten zu klären.

*Wertentscheidungen:* Sprachenrecht stützt sich auf Wertentscheidungen, die zum Teil normativ vorgegeben, zum grösseren Teil aber von zeit- und kulturbedingten Ansichten und Überzeugungen geleitet werden. Dadurch erklärt sich, dass Gegenstände des schweizerischen Sprachenrechts, die allgemein für zentral gehalten werden, sehr unterschiedlich interpretiert werden. Beispiele sind der Begriff des Territorialitätsprinzips und die damit verknüpfte Idee der sprachlichen Homogenität eines Territoriums als zu schützendes Gut, die Auffassungen über Wünschbarkeit resp. Schädlichkeit früherer Zweisprachigkeit, über den kulturellen aber auch juristischen Stellenwert geschriebener und gesprochener Varietäten, über die Regeln, welche die Interaktion zwischen Verschiedensprachigen lenken sollen usw. Die historischen und sprachideologischen Hintergründe solcher Wertentscheidungen sollten in interdisziplinärer Zusammenarbeit klarer gemacht werden, da sie die Regelung der Amts- und Schulsprachen notwendigerweise beeinflussen. Besonders wichtig ist die Entwicklung von Kriterien, nach welchen mögliche Widersprüche zwischen einzelnen Wertentscheidungen gelöst werden sollen (etwa zwischen Sprachenfreiheit, Homogenität des Sprachgebiets, Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften, Förderung der sprachlichen Minderheiten usw.). In diesem Themenbereich drängt sich die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Sprachwissenschaft und anderen Sozialwissenschaften mit der Jurisprudenz geradezu auf.

*Regelungsbereiche, Regelungsdichte:* Zu klären ist, in welchen Bereichen sich sprachliche Regelungen überhaupt in Übereinstimmung mit den normativen Vorgaben und den anerkannten Wertentscheidungen sinnvoll formulieren und tatsächlich durchsetzen lassen. Zwar scheint es hier in erster Linie um den Gebrauch der Sprachen im öffentlichen Umfeld zu gehen (Umgang mit Behörden, Schule, Medien); es ist aber unbestritten, dass beispielsweise die Sprachregelung der Schule massive und nicht selten als schmerzhaft empfundene Auswirkungen auf die privaten Freiräume hat, etwa auf den Sprachgebrauch in der Familie. Zu bedenken ist, dass jede sprachliche Verständigung, auch jene zwischen Gleichsprachigen, ausschliesslich auf der Kooperation der Interagierenden beruht. Dies setzt der Möglichkeit und der Wirksamkeit bloss juristischer Regelungen enge Grenzen.

Juristischer Grundlagen bedürfen besonders jene behördlichen Massnahmen, die finanzielle Auswirkungen haben. Dies betrifft nicht nur die Schule, sondern auch die finanzielle Unterstützung mehrsprachiger Administrationen oder Förderungsmassnahmen für Minderheitssprachen. Auch in diesen Fällen müssen die grundlegenden Wertentscheidungen erforscht und gegen einander abgewogen werden. Gerade hier könnten radikale und ungewohnte Fragestellungen am Platze sein.

*Implizites und Tabuisiertes im Sprachenmanagement:* Da das schweizerische Sprachenmanagement auf eingespielten Mechanismen und überliefertem Konsens beruht, spielen dabei auch Vorurteile und Tabus eine wichtige Rolle. Jeder Eingriff in dieses gewachsene Konglomerat muss mit Widerständen aller Art rechnen. Selbst Eingriffe, die nach heutiger wissenschaftlicher Überzeugung begründet werden können und zu Verbesserungen führen würden, stossen auf Widerstände oder erweisen sich als politisch nicht realisierbar; jüngere Beispiele sind die Probleme bei der Einführung der rätoromanischen Gemeinsprache Rumantsch Grischun oder die Ablehnung des immersiven Sprachunterrichts im Kanton Freiburg. Andere Probleme werden über Jahrzehnte immer wieder aufgeworfen, ohne dass Versuche zu ihrer Lösung unternommen würden. Ein Beispiel ist der Dialektgebrauch in der deutschen Schweiz, der nach allgemeinem Konsens ein Verständigungsproblem darstellt; trotzdem fehlen konkrete Untersuchungen über den tatsächlichen Gebrauch des Dialekts in der Kommunikation mit Sprechern anderer Sprachen ebenso wie realisierbare Vorschläge zur Überwindung des Problems.

*Rahmenbedingungen:* Vor diesem Hintergrund muss nach den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einer erfolgreichen Sprachenpolitik gefragt werden. Ausgangspunkt könnte ein Inventar innovativer und wirkungsvoller Vorhaben sein, welche die Verbesserung der Sprachkompetenzen und der Kommunikationsfähigkeit, die Anwendung neuer Kommunikationsformen oder die Verbesserung des landesweiten Kultur- und Informationsaustausches zum Ziel hätten. Zu analysieren wären Erfolg oder Misserfolg dieser Vorhaben. Zu fragen wäre dabei nicht nur nach dem Handeln und Verhalten der politischen Verantwortungsträger, sondern auch nach jenem der Medien und aller Gruppen, die sich an den Auseinandersetzungen beteiligt haben, von ad-hoc-Gruppierungen über Interessenvertreter bis zu den Parteien. Nach Möglichkeit sollten entsprechende ausländische Vorhaben in die Analyse einbezogen werden.

Ziel solcher Analysen ist es, allgemeine Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie sprachrechtliches und sprachpolitisches Handeln beschaffen sein muss, damit es akzeptiert wird und auch unter den komplizierten Bedingungen des labilen Gleichgewichts, die den traditionsreichen mehrsprachigen Staat kennzeichnen, erfolgreich sein kann. Es geht in diesem Schwerpunkt nicht um juristische Feinheiten. Wichtiger sind der Vergleich juristischer Regelungen mit ihren Wirkungen und Überlegungen zu ihrer politischen Durchsetzbarkeit.

## **5.2 Schwerpunkt 2: Sprachkompetenzen**

Der Begriff *Sprachkompetenz* meint hier die Fähigkeit, sprachliche Mittel speziellen Zwecken und speziellen Erwartungen entsprechend einsetzen zu können. Sprachkompetenz beschränkt sich nicht auf die Fähigkeit, korrekte Sätze in der Erstsprache bilden und erkennen zu können. So wird zwar jeder Mensch in alltäglichen Situationen seiner Gruppe korrekte erstsprachliche Sätze bilden können, aber nicht jeder wird in der Lage sein, eine Ansprache zu halten, die den Erwartungen aller in Bezug auf sprachliche Korrektheit und Angemessenheit entspricht. In diesem Sinne gibt es viele Kompetenzen (je nach der zu bewältigenden Aufgabe) und es gibt unterschiedliche Kompetenzgrade (je nach den Erwartungen der Rezipienten).

*Stand der sprachlichen Kompetenzen:* Seit der Volkszählung 1990 sind Daten über die Sprachverwendung der Schweizer Wohnbevölkerung bekannt. Sie beruhen notwendigerweise auf Selbstevaluation der Befragten und sprechen nur die Verwendung unterschiedlicher Varietäten an, nicht aber unterschiedliche Kompetenzen und Kompetenzgrade in den verwendeten Varietäten.

Eines der Ziele des Forschungsprogramms soll deshalb die Erhebung genauer und formbezogener Daten zu den tatsächlichen sprachlichen Kompetenzen sein: *Welche* und wie *«gute»* Sprachkenntnisse besitzen die Menschen? Diese Erhebungen, die in enger Zusammenarbeit und mit finanzieller Unterstützung des Bundesamts für Statistik oder anderer Stellen zu erfolgen haben, müssen insbesondere die Kompetenzen in den Erstsprachen einbeziehen, was auch entsprechende konzeptuelle Grundlagenarbeit erfordert. Zusätzlich ergeben sich dabei auch verschiedene Abgrenzungs- und Definitionsprobleme. Für die Deutschschweiz ist die verbreitete Einschätzung der Schriftvarietät als «Fremdsprache» und ihr Einfluss auf den Erwerb hochdeutscher Kompetenzen ein wichtiges Forschungsthema. Für die Romandie bildet die Beurteilung der eigenen französischen Sprachkompetenzen gegenüber denjenigen ausländischer Frankophoner ein vergleichbares, aber linguistisch wie psychologisch unterschiedlich gelöstes Problem. Für die Rätoromania kann gefragt werden, ob nicht von vielen Sprechenden die rätoromanischen Idiome als Dialekte und das Schriftdeutsche als «natürliche» Schriftvarietät angesehen wird, was von den Kompetenz-Erhebungen berücksichtigt werden müsste. Die Auswirkungen des gegenwärtig ablaufenden Dialektverlusts in der italienischsprachigen Schweiz auf die verschiedenen Kompetenzen könnten untersucht werden. In allen Sprachen interessieren neben den leichter zu erhebenden

schriftlichen Kompetenzen auch die mündlichen. Theoretisch bedeutungsvoll wird hier die Erarbeitung von Beurteilungskriterien mündlicher Kompetenz auch in nicht normierten Varietäten sein und die Frage danach, ob scheinbar unvergleichbare Sprachverhältnisse nicht auf ähnliche Konstanten zurückgeführt werden können, und ob nicht die Erfahrungen der einen Sprachgemeinschaft für die andern bedeutungsvoll sein könnten. Von Interesse sind selbstverständlich auch die Kompetenzen in andern Sprachen als der L1 oder das dringende Problem des Illettrismus bei Erwachsenen. Diese «Bestandesaufnahme» kann sicher nur an Stichproben durchgeführt werden, die enge Zusammenarbeit von Forschenden der verschiedenen Sprachgebiete wird deshalb umso wichtiger sein. Die zu messenden Teilkompetenzen und die angewandten Bewertungsskalen müssen so definiert sein, dass Ergebnisse vergleichbar und für eine Umsetzung in die Praxis brauchbar werden.

Schliesslich darf nicht vergessen werden, dass der Einsatz mehrsprachiger Kompetenzen nicht auf das nationale Territorium beschränkt ist. Sie dienen nicht nur der Kommunikation zwischen Bürgern und Sprachgemeinschaften und nicht nur der nationalen Identität und Kohäsion. Heute finden auf europäischer Ebene darüber hinaus zwei weitere Gesichtspunkte besondere Beachtung. Zum einen geht es darum, mehrsprachige Kompetenzen im Interesse der Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Ländern sowie für die Freizügigkeit der Menschen und den Austausch von kulturellen wie materiellen Gütern einzusetzen. Zum andern geht es um die Erzeugung und die Weitergabe von Wissen; beides erfolgt heute aufgrund der technologischen Entwicklung auf vielen Wegen und in mehreren Sprachen. Die Analyse und Beförderung der Sprachkompetenzen, die auf schweizerischer Ebene nützlich sind, sind ebenso wichtig in Bezug auf andere Anwendungsgebiete. Und dies aus zwei Gründen: Einerseits wird das Land immer stärker in den internationalen Austausch einbezogen, besonders auch in einem sich stark wandelnden Europa; andererseits werden Zugang und Teilhabe am Fortschritt der Wissenserzeugung immer wichtiger für alle modernen Gesellschaften.

*Erwerb sprachlicher Kompetenzen:* Ein wichtiges Forschungsziel ist die Beantwortung der Frage, wie die untersuchten Personen ihre Sprachkompetenzen erworben haben. Es geht hier zum einen um die Effizienz des traditionellen schulischen Sprachunterrichts sowohl in der L1 wie in den Zweit- und Drittsprachen. Andererseits interessiert auch die Erhebung eventuell unkonventioneller, aber unter Umständen wirkungsvoller Erwerbsstrategien und Erwerbsmethoden, besonders auch solcher, die ausserhalb der Schule ihre Wirksamkeit bewiesen haben. So weiss man, dass Deutschschweizer Kinder bereits vor dem Schuleintritt über Hörverstehens- und Sprech-Kompetenzen in der Schriftvarietät verfügen, doch der schulische Deutschunterricht baut kaum darauf auf. Im Bereich des L2-Unterrichts hat die Immersionsmethode in der Schweiz eine über hundertjährige (erfolgreiche) Tradition, von der Forschung übersehen und von der Praxis als Vorbild unerkannt - nämlich in den rätoromanischen Primar- und Sekundarschulen. Von einer Evaluation der Wirklichkeit und Wirksamkeit des Schüleraustauschs könnten Einsichten darüber erwartet werden, ob und wie junge Romands mit dem Schweizerdeutschen zu-recht kommen. Die Untersuchung der Modalitäten und der Effizienz des Spracherwerbs durch Migranten und Migrantinnen kann mithelfen, soziokulturelle und sozioökonomische Faktoren zu ermitteln, die den L2-Erwerb fördern oder behindern: «Minderheiten» und «Randgruppen» lassen Schwierigkeiten und Möglichkeiten sichtbar werden, die für alle Lernenden eine Rolle spielen. Eine Sammlung und Erfolgsbeschreibung der zahlreichen, aber vereinzelt Versuche in diesem Bereich ist ein willkommenes Hilfsmittel. Eine oft vergessene Minderheit bilden auch die Gehörlosen. Für sie geht es um das geeignetste Ausdruckssystem für die Entfaltung ihrer Sprachkompetenz. Von grossem allgemeinem Interesse ist die Frage zum Zusammenhang zwischen der kognitiven Entwicklung Gehörloser und ihrem Zugang zur Gebärdensprache; von speziellem Interesse ist die Frage, welche besonderen Schwierigkeiten, aber auch welche besonderen Möglichkeiten der mehrsprachige Staat für diese Minderheit bietet.

Die *Gründe für den Erfolg und den Misserfolg* im Erwerb der für grundlegend gehaltenen Sprachkompetenzen stellen ein besonders wichtiges Forschungsziel dar. Neben der Effizienz des schulischen Fremdsprachunterrichts (wo wohl am meisten Vorarbeiten bestehen), geht es hier um verschiedene Rahmenbedingungen des Lernens: Soziale (u.a. Schichtzugehörigkeit), schulische (u.a. Lehr-Lernformen, Settings), individualpsychologische (Lernweisen), kulturelle (Kommunikationskulturen) oder enger sprachbezogene (z.B. Normstrenge und Ausbaustand der Erstsprache). Zu den Faktoren, die den Lernerfolg beeinflussen, gehören ferner positive und negative Vorurteile und Einstellungen aller Art in Bezug auf die zu erlernende Sprache und ihre Sprecher.

*Ausbildung von Lehrpersonen und andern Sprachmittlern für den Fremdsprachenunterricht:* Angesichts der laufenden Umstellung der Lehrerbildung aller Stufen ist ein Teilproblem des schulischen Fremdsprachunterrichts von grosser Aktualität, nämlich der Ausbildungsstand der Lehrpersonen. Für die Praxis wichtig ist die Frage nach dem (eventuell überschätzten) Zusammenhang von Kompetenzniveau der Lehrperson und Erfolg ihres Fremdsprachunterrichts. Zu fragen ist ferner, ob sich in der Schweiz nicht ganz spezifische Aufgaben für «Sprachmittler» verschiedener Art ergäben, wie dieses hierzulande bisher kaum bekannte Berufsfeld abzustecken wäre, welche Dimensionen von Sprachfähigkeiten durch solche Sprachmittler erfolversprechend gefördert werden könnten und wie die Interessentinnen und Interessenten dafür auszubilden wären.

*Sprachgebrauchsmuster:* Obwohl die Volkszählungen Hinweise auf die im familiären und beruflichen Alltag tatsächlich verwendeten Sprachen geben, fehlen weitgehend genaue Kenntnisse über Rolle und Nutzen sprachlicher Kompetenzen in der Erstsprache und in den verschiedenen Zweitsprachen, und zwar für das berufliche Fortkommen des Individuums wie für das Funktionieren der staatlichen Institutionen. Auch hier ist auf die unterschiedliche Funktion der verschiedenen Teilkompetenzen zu achten. Im ökonomischen Bereich hängen Rolle, Niveau und Nutzen der sprachlichen Fähigkeiten vom Bedarf der Wirtschaft ab, der je nach Wirtschaftszweig und Tätigkeitsbereich unterschiedlich sein und auch verschiedene Zweitsprachen betreffen dürfte; dieser Bedarf muss ermittelt werden. Im institutionellen Bereich interessiert der tatsächliche Verlauf der Kommunikation zwischen BürgerInnen und Behörden, sowohl innerhalb der Amtssprachen (z.B. Verständlichkeit der Erlasse), wie über die einzelnen Amtssprachen hinaus.

In beiden Bereichen ist der Zusammenhang zwischen Sprachkompetenzen und Effizienz der Kommunikation zu untersuchen. Besondere Beachtung verdienen weniger herkömmliche, aber realitätsnahe Kommunikationspraxen, z.B. Verwendung einer Lingua Franca, Gebrauch mehrerer Sprachen in der gleichen Gesprächssituation (sprecher- oder themenabhängig, «nur» symbolisch), Verwendung der Gebärdensprache usw. Von Interesse ist schliesslich auch die Untersuchung von Praxen, die unter dem Gesichtspunkt der Kommunikation als pervertiert bezeichnet werden müssen, etwa das (ev. sogar gesetzlich abgestützte) Nicht-Verstehen-Wollen einer Sprache.

*Verbesserung der Sprachkompetenzen:* Hier interessieren Perspektiven für die Verbesserung der Sprachkompetenzen und der Kommunikation auf der Grundlage von Zustandsanalysen. Geeignete Forschungsgefässe dürften Pilotstudien zu bestimmten Fragestellungen sein. Dazu könnten z.B. gehören, immer unter Berücksichtigung der regionalen Voraussetzungen und der staatlichen Mehrsprachigkeit: Anzahl, Auswahl und Stufenfolge der schulischen Fremdsprachen; optimales Alter bei Beginn des L2-Unterrichts; lerntheoretisch gestützte Progression der Lerninhalte; optimale, altersgerechte Lehrmethoden; Möglichkeit der Synergien beim Erlernen mehrerer Fremdsprachen; Effizienz des zweisprachigen Unterrichts; Möglichkeiten, die Mehrsprachigkeit des Staates systematisch für den Sprachunterricht zu bewirtschaften und gleichzeitig zur Verbesserung der staatlichen Kohärenz zu nutzen; unorthodoxe Formen der Kommunikation zwischen Bürger und Staat usw.

Von besonderem Nutzen dürften neben der Grundlagenarbeit zur Sprachkompetenz, ihrer Konzeption und ihrem Erwerb auch Studien zur praktischen, organisatorischen

und finanziellen Realisierbarkeit weniger geläufiger und gesellschaftlich weniger akzeptierter Unterrichtsformen und -ziele sein, sowie zu den Möglichkeiten, widrige soziale, kulturelle und regionale Rahmenbedingungen des Spracherwerbs zu neutralisieren.

### 5.3 Schwerpunkt 3: Sprache und Identität

Die Angewöhnung des Individuums an seine Erstsprache beginnt vor der Geburt, der Erwerb der Sprache verläuft in engstem Zusammenhang mit seiner kognitiven Entwicklung und zusammen mit dem «Erlernen der Welt». Die Rolle der Sprache für die Selbstdefinition des Individuums und seine soziale Verortung steht deshalb ausser Zweifel.

Schwieriger zu bestimmen ist die Rolle der Sprache für die Identität des Individuums wie einer Gemeinschaft. Das Identitätserlebnis des Individuums beruht darauf, dass es sein Selbst in der Kontinuität erfassen kann. Es kann deshalb gefragt werden, ob und inwiefern die wachsende Bedeutung fremder Sprachen in Schule, Beruf, Medien und Umfeld das Identitätserlebnis verändern oder gar stören kann, und wie eventuelle negative Auswirkungen der ständigen Konfrontation mit fremden Sprachen aufgefangen werden können, resp., ob sie überhaupt aufgefangen werden müssen. Zu fragen ist nämlich auch, ob die Irritationen, die durch die Konfrontation mit andern Sprachen ausgelöst werden können, nicht eher auf ideologische Gründe zurückzuführen sind als auf psychologische Grundmechanismen.

In diesem Zusammenhang gewinnt die Frage nach den psychologischen Bedingungen und Besonderheiten des früh erworbenen Bilingualismus Aktualität. Es dürfte kaum mehr bezweifelt werden, dass Menschen mit zwei Erstsprachen keinen psychischen Identitätsproblemen ausgesetzt sind, da sie ihre Mehrsprachigkeit als kontinuierliches Persönlichkeitsmerkmal erleben. Viele Probleme des individuellen Bilingualismus sind dagegen wenig bekannt, von der neurolinguistischen Verankerung mehrsprachiger Kompetenzen über die Bedingungen ihres Erwerbs bis zu den sozialpsychologischen Auswirkungen der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen, kopräsenten Sprachgemeinschaften.

Damit ist die Rolle der Sprache für die Identität von Gemeinschaften angesprochen. Es kann angenommen werden, dass die Gleichheit der Sprache ein wichtiges Mittel der sozialen Einbindung des Menschen in seine primäre Gruppe darstellt. Dagegen scheint die sprachliche Gleichheit für die Identität sekundärer Gruppen nicht immer entscheidend zu sein, ebenso dürfte sie von einem bewussten Identifikations- und identitären Konstruktionsprozess abhängig sein. Dafür spricht die Tatsache, dass das gesellschaftliche Miteinander verschiedener Sprachen im Lauf der Geschichte die Norm war (und es global gesehen noch immer ist), während der nationalstaatliche Monolingualismus europäischer Prägung eine Konstruktion des 18. und 19. Jahrhunderts darstellt. Dies ändert aber nichts daran, dass die Sprache auch in der Schweiz als Identitätsmerkmal von Volksgruppen immer wichtiger wird und ein erhebliches Konfliktpotential birgt. Deshalb sind auch die sozialpsychologischen Probleme des Zusammenlebens verschiedensprachiger Gruppen in einem mehrsprachigen Staat wie der Schweiz immer virulent, nicht nur in den Sprachgrenzregionen, sondern auch für alle Mitglieder von Migrationsgemeinschaften, hier noch verschärft durch die rechtliche Ungleichheit der betroffenen Sprachen und ihrer Sprecher.

Der Problembereich «Sprache und gesellschaftliche Identität» ist besonders schwierig unvoreingenommen anzugehen. Auch die Forschenden können sich als Angehörige ihrer Sprachgemeinschaft von deren Meinungen und Beurteilungsmustern nicht völlig emanzipieren. Zwar wird kaum mehr ein Wissenschaftler unreflektierte Stereotypen über die anderen Sprachgemeinschaften weitertragen oder umgekehrt tatsächliche Diskrepanzen harmonisierend verdecken. Doch besteht gerade innerhalb der schweizerischen Konsenskultur die Gefahr einer Aufspaltung auch des wissenschaftlichen Diskurses in

einen offiziellen Teil (was man öffentlich sagt) und in einen inoffiziellen Teil (was man inoffiziell glaubt). Es könnte ein lohnendes Unternehmen sein, zu untersuchen, ob nicht solches Verhalten hinter manchen Paradoxien des schweizerischen Sprachmanagements steht. In diesem Bereich scheint die Zusammenarbeit mit nicht-schweizerischen Forscherinnen und Forschern unabdingbar.

Ein weiterer Fragenkreis bezieht sich auf das Spannungsfeld zwischen Integration und Multikulturalität. Schon eine umfassende Bestandesaufnahme individueller und gemeinschaftlicher Versuche, Multikulturalität zu verwirklichen, wäre ein wichtiges Hilfsmittel für sprachpolitische Entscheide.

## 6. Adressaten und Anwendungsbereiche der Resultate

Das NFP 56 hat zum Ziel, Grundlagen beizusteuern zur Gestaltung einer Sprachenpolitik, die das Verständnis zwischen den Sprachregionen verstärkt sowie die sprachbezogene Identitätsbildung der Individuen und ihre umfassenden Sprachkompetenzen fördert.

Im Bereich des Rechts und der Politik sollen die Arbeiten Erkenntnisse darüber liefern, welche Regelungen für das sprachliche Zusammenleben nützlich sind und welche Bereiche eher nicht normiert werden sollten. Ferner vollzieht sich Sprachenpolitik immer vor einem kulturellen und historischen Hintergrund. Dieser Hintergrund muss ausgeleuchtet werden, um günstige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Sprachenpolitik zu schaffen. Ergebnisse in diesem Bereich könnten zu einem besseren Sprachmanagement in der Schweiz führen. Dies dürfte nicht nur für die Politik, die Verwaltung sowie die Behörden auf kommunaler, kantonaler und Bundesebene, sondern auch für Kulturträger und solche, die in der Kultur tätig sind, von Bedeutung sein.

Das NFP 56 sollte ein präziseres Verständnis des Lernens von Erst-, Zweit- und Drittsprachen liefern. Ferner sollen Studien über interkulturell zusammengesetzte Klassen und die Sprachdidaktik Grundlagen zur Verbesserung des Lehr- und Lernklimas in den Schulen erarbeiten. Erwartet werden auch Resultate, die den derzeitigen Streit zwischen den Befürwortern des Englischen und den Vertretern einer zweiten Landessprache als erster Fremdsprache klären helfen. Lehrer, Schulbehörden, kantonale Erziehungsdepartemente und die Politik dürften an diesem Schwerpunkt interessiert sein.

Studien zur sprachlichen Identität und zum Zusammenleben verschiedener Sprachgemeinschaften in der Schweiz dürften ein breites Publikum interessieren. Multikulturalität stellt nicht nur eine Herausforderung für die Behörden und die Politik dar, sondern auch für die Privatwirtschaft und die Unternehmungen sowie für das Zusammenleben in Dörfern und städtischen Quartieren. Da die Sprache einen konstitutiven Wert bei der eigenen Identitätsstiftung hat, dürften die Ergebnisse dieses Schwerpunktes von breitem Interesse sein.

Auf Ebene des Programms werden im Laufe der Arbeiten verschiedene Umsetzungsmassnahmen realisiert werden, die dazu beitragen sollen, die Resultate adressatengerecht an die Öffentlichkeit zu bringen. Zu diesem Zweck wird ein/e Umsetzungsauftragte/r angestellt.

Auf der Ebene der Projekte ist zu prüfen, ob durch die Konstitution von Begleitgruppen aus Fachpersonen aus der Praxis einzelne Studien praxisnah realisiert werden können, so dass die Resultate direkter mit der Praxis verbunden werden können. Die Leitungsgruppe wird ein besonderes Gewicht darauf legen, die im Programm erarbeiteten Forschungsergebnisse für die Nutzung in der Praxis aufzuarbeiten.



## 7. Angaben zu den erwarteten Projekteingaben

Das Thema des Projektvorschlages muss mit einem der drei genannten Schwerpunkte übereinstimmen. Projekte mit folgenden Merkmalen sind besonders erwünscht:

**Spracherlernen / Spracherwerb:** Projektvorschläge, die einen Beitrag zu Fragen liefern, die sich im Zusammenhang mit der Verbesserung, Vorverlegung und Intensivierung des „Spracherlernens bzw. Spracherwerbs für alle« heute für die bildungspolitisch Verantwortlichen vordergründig stellen, werden priorisiert behandelt, sofern sie den Ansprüchen wissenschaftlicher Qualität genügen. Frau G. Fuchs von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) steht Ihnen diesbezüglich für ergänzende Informationen gerne zur Verfügung (Tel.: 031 309 51 11).

**Abklärungs- und Synthesestudien:** Wenn der Bedarf ausgewiesen werden kann, können bei Programmstart auch Vorschläge für Auswertungs- und Synthesestudien eingereicht werden, die entweder einen Beitrag zur Klärung des Forschungsbedarfs oder Informationen über die Nutzung des aktuellen Wissensstandes in der Praxis liefern.

**Interdisziplinäre Ausrichtung:** Wenn es das vorgeschlagene Thema erfordert, werden interdisziplinäre Projekte erwartet, an denen Mitarbeitende aus verschiedenen Disziplinen beteiligt sind. Interdisziplinarität kann auch dadurch gefördert werden, dass Themenvorschläge eingereicht werden, die quer zu den Schwerpunkten liegen.

**Bezug zur internationalen Forschung:** Das NFP 56 soll in den europäischen und internationalen Forschungskontext eingebettet sein. Deshalb sind Projekte willkommen, die einen Bezug zur internationalen Forschung vorschlagen. Dies kann dadurch erfolgen, dass ausländische Partner am Projekt beteiligt sind, dass im Ausland eine Vergleichsstudie initiiert wird oder dass eine enge Zusammenarbeit (z.B. in Form eines Gastaufenthaltes im ausländischen Institut) vorgeschlagen wird. In jedem Fall muss im Gesuch der Stand der internationalen Forschung gut dokumentiert sein.

In diesem Zusammenhang sei auf das kürzlich ratifizierte D-A-CH Abkommen zwischen dem Schweizerischen Nationalfonds, der Deutschen Forschungsgemeinschaft und dem Wissenschaftsfonds in Österreich hingewiesen. Dieses Abkommen ermöglicht dem SNF, in begründeten Fällen auch Gruppen aus diesen beiden Nachbarländern zu finanzieren.

**Bezug zur Grundlagenforschung:** Die Projektvorschläge sollten auf den zahlreichen Ergebnissen aus der Grundlagenforschung aufbauen. In den vergangenen Jahrzehnten hat die Sprachwissenschaft wertvolle wissenschaftliche Fortschritte erzielt, die für alle drei Schwerpunkte von Bedeutung sind. Diese neuen Erkenntnisse sollten auch bei der Gestaltung praxisorientierter Projekte als Grundlage beigezogen werden. Ebenso sind Metastudien nicht ausgeschlossen, in denen bereits vorhandenes Datenmaterial unter spezifisch neuen Perspektiven genutzt wird.

**Anwendungsorientierte Projekte:** Die Projekte sollten einen klaren Bezug zur Praxis haben. Dies kann beispielsweise dadurch verstärkt werden, dass eine Begleitgruppe aus Fachpersonen aus der Praxis konstituiert wird, die das Projekt begleitet und es durch praxisorientierte Inputs belebt. Ferner sind Kooperationsprojekte mit Kantonen willkommen.

**Enge Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik:** Projekte, die eine Datenerhebung vorsehen, sollten an die bestehenden Surveys anknüpfen. Besonders zu erwähnen ist die Erhebung «Adult Literacy and Life Skills Survey» sowie das im Rahmen von PISA realisierte Survey. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik, das für die Erhebungen zuständig ist, wird erwartet. Kontaktperson im BFS ist Herr H. Gilomen.

## 8. Eingabeverfahren für Projektvorschläge

Die Leitungsgruppe hat sich, wie es bei den NFP üblich ist, für ein zweistufiges Eingabeverfahren entschieden. Dieses Vorgehen erlaubt es, die Projektvorhaben besser aufeinander abzustimmen und Schwerpunkte zu setzen.

*In der ersten Phase* reichen die am Programm interessierten Forscherinnen und Forscher eine Projektskizze ein. Sie soll einen Abriss des vorgesehenen Forschungsprojekts enthalten und über folgende Punkte kurz Auskunft geben:

- \_ Problemstellung, Leithypothesen und inhaltliche Beschreibung des Projekts;
- \_ methodisches Vorgehen und Zeitplan;
- \_ interdisziplinäre Ausrichtung des Projekts;
- \_ Klärung des Zugangs zu den erforderlichen Quellen und ev. des Umgangs mit Fragen des Datenschutzes und Amtsgeheimnisses;
- \_ Sprachformen und Sprachebenen, an denen die Problemstellung bearbeitet und die Hypothesen überprüfen werden sollen;
- \_ erwarteter Nutzen und Umsetzungsmöglichkeiten der Ergebnisse;
- \_ ungefähre personelle und materielle Kosten;
- \_ eventuelle Zusammenarbeit mit Forschenden aus anderen Fachrichtungen und/oder privaten bzw. öffentlichen Organisationen.

Die Projektskizze soll maximal fünf Seiten umfassen. Zusätzlich zur Projektskizze muss ein Skizzendeckblatt ausgefüllt werden, das unter [www.snf.ch](http://www.snf.ch) abrufbar ist.

Forschungsprojekte sind auf die Dauer von höchstens 36 Monaten zu beschränken. Sämtliche Projekte müssen bis spätestens Dezember 2008 abgeschlossen sein. Die Leitungsgruppe begutachtet die eingegangenen Projektskizzen und entscheidet darüber letztinstanzlich unter Beizug externer Fachleute gemäß den unten angeführten Kriterien. Die Projektskizzen können in allen vier Landessprachen eingereicht werden. Englisch ist zugelassen.

In der zweiten Phase des Verfahrens lädt die Leitungsgruppe die Autorinnen und Autoren, deren Skizze zur weiteren Ausarbeitung vorgesehen ist, zur Eingabe eines Forschungsgesuchs beim SNF ein. Dabei sind die Modifikationen zu berücksichtigen, welche anlässlich der Prüfung der Skizzen von den Expertinnen und Experten verlangt worden sind. Die Forschungsgesuche sind gemäss den Richtlinien des Nationalfonds auf den NFP Formularen einzureichen. Die Gesuche werden von der Leitungsgruppe unter Beizug externer Fachleute beurteilt. Danach werden sie zur definitiven Beschlussfassung an den Forschungsrat des Nationalfonds weitergeleitet.

### Auswahlkriterien

Die Beurteilung der eingereichten Projektskizzen bzw. Forschungsgesuche erfolgt auf der Basis der folgenden Kriterien:

**Zielkonformität:** Die Projekte müssen mit den im Ausführungsplan beschriebenen wissenschaftlichen Schwerpunkten übereinstimmen und in den Gesamtrahmen des NFP 56 passen.

**Wissenschaftliche Qualität:** Die Projekte müssen theoretisch wie methodisch dem Wissensstand und den internationalen wissenschaftlichen Standards der heutigen Forschung entsprechen. Ferner müssen sie einen Bezug zur Grundlagenforschung aufweisen.

**Originalität:** Die Projekte müssen neue Fragen bearbeiten oder zu klassischen Problemstellungen neue Gesichtspunkte einbringen.

**Anwendung und Umsetzung:** Nationale Forschungsprogramme haben einen expliziten Umsetzungsauftrag. Hohe Priorität kommt deshalb Vorhaben mit hoher Praxisrelevanz zu.

**Interdisziplinarität:** Projekte mit einer interdisziplinären Ausrichtung sind besonders erwünscht.

**Kosten-/Nutzenverhältnis:** Bei Forschungsgesuchen wird auch das zu erwartende Kosten-/Nutzenverhältnis in die Beurteilung einbezogen.

**Personal und Infrastruktur:** Der Erfolg eines Projekts kann von der Forschungserfahrung der Gruppe von Forscherinnen und Forschern oder vom Vorhandensein einer adäquaten Forschungsinfrastruktur abhängen.

## **Terminplan**

*Der Zeitplan des NFP 56 sieht wie folgt aus*

Öffentliche Ausschreibung: Juli - Oktober 2004

Eingabe der Projektskizzen: 10. November 2004

Evaluation der Projektskizzen: November - Dezember 2004

Ausarbeitung der Forschungsgesuche: Januar - März 2005

Evaluation der Gesuche: April - Mai 2005

Beginn der Forschung: Juni 2005

Abschluss der Forschungsprojekte: spätestens Dezember 2008

Die Projektskizzen sind spätestens **bis 10. November 2004**  
(Datum des Poststempels) an folgende Adresse einzureichen:

Schweizerischer Nationalfonds  
Abteilung IV, NFP 56  
Wildhainweg 20  
CH-3001 Bern  
Tel. 031 308 22 22  
E-Mail: cmottas@snf.ch

Der Ausführungsplan und das Deckblatt für die Projektskizze können unter <http://www.snf.ch> abgerufen werden. Projektskizzen (inkl. Deckblätter) und Forschungsgesuche müssen dem Nationalfonds sowohl per Post wie auch per E-Mail zugestellt werden. Skizzen und Gesuche, die ausschliesslich elektronisch übermittelt werden, können aus rechtlichen Gründen nicht akzeptiert werden.

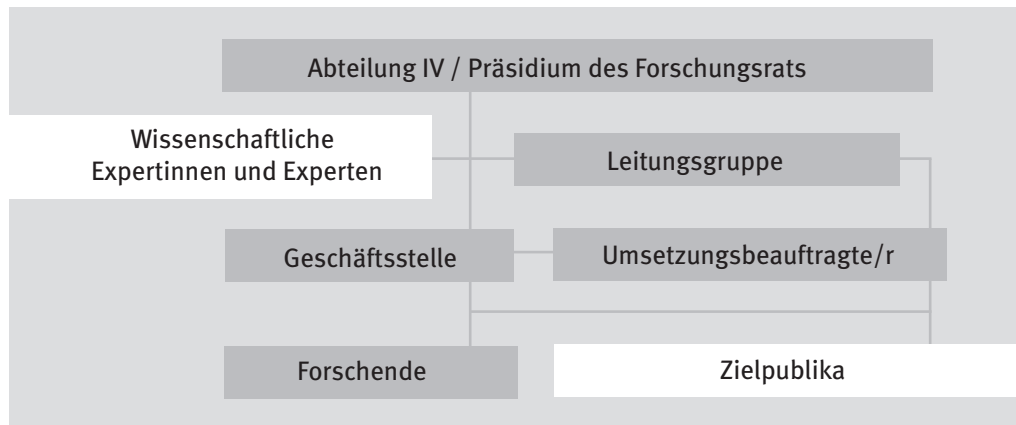
Der inhaltlichen Begutachtung geht eine formale Prüfung durch das Sekretariat der Abteilung IV (Prüfung der Vollständigkeit der Angaben und termingerechte Eingabe) voraus. Skizzen, die die formalen Kriterien nicht erfüllen, werden keiner materiellen Prüfung unterzogen.

## **Bemerkung zur Mehrwertsteuer**

Die Beitragsempfängerinnen und Beitragsempfänger haben auf den Zusprachen des SNF grundsätzlich keine Mehrwertsteuer zu entrichten (Art. 33 Abs.6 Bst. c MWSTG). Der SNF erteilt im Rahmen der Programmforschung keine Forschungsaufträge, sondern einzig Beiträge zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in der Schweiz.

## 9. Leitung und Verwaltung des NFP

### 9.1 Die Hauptakteure



#### Abteilung IV des Forschungsrates; Referentinnen und Referenten

Die Abteilung IV zählt 20 Mitglieder, die ein breites Spektrum von wissenschaftlichen Disziplinen abdecken. Sie trägt innerhalb des Forschungsrates die Gesamtverantwortung für die Durchführung der Nationalen Forschungsprogramme (NFP) und der Nationalen Forschungsschwerpunkte (NFS). Das Präsidium des Forschungsrats entscheidet auf Antrag der Abteilung IV über Bewilligung oder Ablehnung von Projekten.

Die Referentin/der Referent vertritt den Forschungsrat der Abteilung IV in der Leitungsgruppe. Sie/er unterbreitet dem Forschungsrat die Anträge der Leitungsgruppe zur Bewilligung oder Ablehnung.

#### Leitungsgruppe

Die Leitungsgruppe ist ein kleines, flexibles Gremium, das über die ganze Programmdauer vornehmlich strategisch tätig ist. Sie trägt die Verantwortung für die Durchführung des Programms bezüglich wissenschaftlicher Qualität und Umsetzung. Sie ist das gestaltende Gremium, verleiht dem Programm sein Profil und gewährt die nötige Kontinuität und Kohärenz in den Entscheidungen.

Idealerweise besteht sie aus fünf Mitgliedern und einer Präsidentin/einem Präsidenten. Die Wissenschaft und die Praxis sollen in einem ausgewogenen Verhältnis vertreten sein; die Wissenschaft soll bevorzugt durch ausländische Mitglieder vertreten sein. Die Leitungsgruppe ist gehalten, für spezielle Aufgaben bestgeeignete Fachleute beizuziehen, wie etwa zur Erarbeitung des Ausführungsplans, für Gutachten im Rahmen der Projektevaluation und die Umsetzungsarbeiten.

Die Referentin/der Referent und ein/e wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in der Abteilung IV des SNF nehmen an den Sitzungen der Leitungsgruppe teil.

#### Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle der Abteilung IV des SNF ist verantwortlich für die operative Geschäftsführung. Sie setzt die Beschlüsse des Forschungsrates und der Leitungsgruppe um. Sie ist in administrativen und finanziellen Belangen Ansprechstelle für sämtliche Akteure und organisiert die Projektbegleitung und -koordination.

## **Wissenschaftliche Fachexpertinnen und -experten**

Zur externen Begutachtung von Projekten des NFP besteht eine Gruppe ausländischer Fachexpertinnen und Fachexperten. Diese wird von der Leitungsgruppe nach Bedarf beigezogen und nimmt die wissenschaftliche Qualitätssicherung wahr.

## **Umsetzungsbeauftragte/r**

Die/der Umsetzungsbeauftragte wird von der Leitungsgruppe in Absprache mit dem Presse- und Informationsdienst des Schweizerischen Nationalfonds nominiert und durch den Forschungsrat gewählt. Sie/er ist in einem klar umschriebenen Mandatsverhältnis für die themengerechte Konzipierung der Umsetzung, für die Realisierung der Umsetzungsmassnahmen nach professionellen Standards und für die Qualitätssicherung im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich. Sie/er arbeitet eng mit der Geschäftsstelle des Nationalfonds zusammen. Mit der Umsetzung soll ein für das Gesamtprogramm vorteilhafter Zusatznutzen (added value) erzielt werden.

## **9.2 Mitglieder der Leitungsgruppe**

Prof. Dr. Walter Haas (Präsident),  
Departement für Germanistik der Universität, Freiburg

Prof. ém. Daniel Coste,  
ENS. Lettres et Sciences Humaines, Lyon

Prof. Dr. Rita Franceschini,  
Fachrichtung Romanistik, Universität des Saarlandes, Saarbrücken

Prof. Dr. Hans Goebel,  
Institut für Romanistik der Universität, Salzburg

Prof. Dr. Peter Sieber,  
Pädagogische Hochschule, Zürich

Prof. Dr. Ernest Weibel,  
Institut de Science politique de l'Université, Neuchâtel

## **Bundesbeobachter**

Constantin Pitsch, Bundesamt für Kultur (Koordinator)  
Heinz Gilomen, Bundesamt für Statistik

## **Beobachterin Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren**

Gabriela Fuchs, EDK

## **Umsetzungsbeauftragte/r**

N.N.

## **Referentin der Abteilung IV des Forschungsrats**

Prof. Dr. Astrid Epiney, Institut für Europarecht, Fribourg

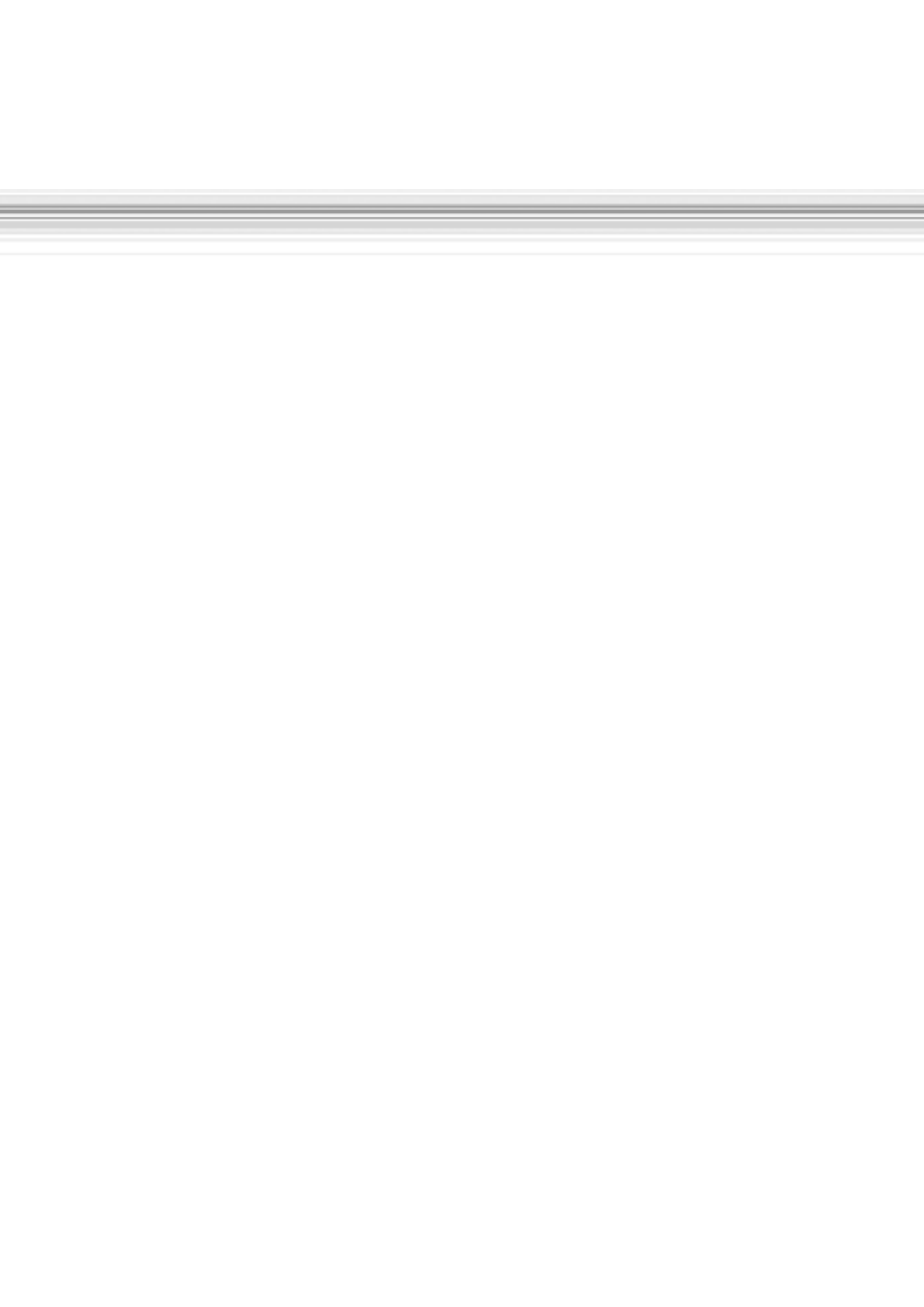
**Für das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft**

Dr. Claudine Dolt

**Sekretariat Nationalfonds**

Dr. Christian Mottas  
Schweizerischer Nationalfonds  
Wildhainweg 20  
3001 Bern  
Tel. 031 308 22 22  
cmottas@snf.ch







---

# **Diversité des langues et compétences linguistiques en Suisse**

Plan d'exécution du Programme national de recherche PNR 56

## **Qu'est-ce qu'un programme national de recherche (PNR)?**

Les projets de recherche menés dans le cadre du PNR sont censés contribuer à trouver une solution aux grands problèmes actuels. Sur la base de l'article 6, alinéa 2 de la Loi sur la recherche du 7 octobre 1983, le Conseil fédéral définit les problématiques et les priorités qui doivent faire l'objet de recherche dans le cadre des PNR. L'exécution des programmes relève quant à elle de la responsabilité du Fonds national de la recherche sur mandat du Conseil fédéral.

L'instrument qu'est le PNR est décrit comme suit à l'article 4 de l'Ordonnance relative à la loi sur la recherche, du 10 juin 1985 (Etat le 25 juillet 2000):

*«<sup>1</sup> Les programmes nationaux de recherche doivent inciter à l'élaboration et à l'exécution de projets de recherche coordonnés et orientés vers un objectif commun. Ils doivent permettre de créer, si nécessaire, un potentiel de recherche supplémentaire.*

*<sup>2</sup> Les problèmes susceptibles de faire l'objet de programmes nationaux de recherche sont en particulier:*

- a. Ceux dont l'étude scientifique est importante sur le plan national;*
- b. Ceux à la solution desquels la recherche suisse est en mesure de contribuer de façon particulière;*
- c. Ceux à la solution desquels les contributions de diverses disciplines à la recherche sont nécessaires;*
- d. Ceux qui ne ressortissent pas exclusivement à la recherche fondamentale pure, à la recherche de l'administration (recherche du secteur public) ou à la recherche proche de l'industrie;*
- e. Ceux dont l'étude approfondie est censée aboutir en l'espace de cinq ans environ à des résultats susceptibles d'être mis en valeur dans la pratique.*

*<sup>3</sup> Il s'agit aussi de considérer, lors du choix, si les programmes*

- a. Peuvent servir de base scientifique à des décisions du gouvernement et de l'administration;*
- b. Pourraient être traités dans un projet international présentant en même temps un grand intérêt pour la Suisse.*

## 1. Résumé

La politique suisse en matière de langues a pour but, d'une part, de renforcer la compréhension entre les différents groupes linguistiques et, d'autre part, de contribuer à la construction identitaire des individus dans ses dimensions linguistiques, ainsi qu'au développement de leur compétence en langues première et autres. Le PNR 56 a pour visée de poser les fondements scientifiques de cette politique. Il comporte trois composantes majeures: la clarification des conditions juridiques et politiques d'une action en matière de politique des langues, le progrès des connaissances relatives au développement de la compétence en langues et de la capacité à communiquer, et l'examen des relations complexes entre langues et constitution de l'identité individuelle.

## 2. Historique du PNR

Selon l'ordonnance révisée relative à la loi sur la recherche, l'Office fédéral de l'éducation et de la science (OFES) a, sur mandat du DFI, chargé en date du 10 juin 2002, le Fonds national suisse (FNS) d'élaborer une esquisse de programme et une étude de faisabilité pour un programme national de recherche intitulé: «Diversité des langues et compétences linguistiques en Suisse». Ces dernières ont été approuvées par le Fonds national lors de la séance du Conseil de la recherche du 12 et 13 novembre 2002. Le 22 janvier 2002, le Conseil fédéral a décidé de mandater le Fonds national de réaliser le PNR 56 pour un montant de 8 millions de francs. Il est prévu d'affecter environ 2 millions pour les axes 1 et 3, 3 millions pour l'axe 2 et 1 million pour la valorisation et la réserve. Le crédit cadre de l'axe 2 pourra être augmenté (au détriment des deux autres) selon les propositions de projet présentées et en fonction de leur qualité scientifique. Le Conseil de la recherche du FNS a constitué un Comité de direction dont la tâche est d'élaborer un plan d'exécution et d'assumer la responsabilité de la conduite stratégique du programme. Ce groupe (voir sa composition au chiffre 9.2), a commencé ses travaux le 16 juin 2003 et a rédigé le présent plan d'exécution sur la base de l'esquisse du programme.

## 3. Introduction

Il n'existe pratiquement aucun pays au monde qui ne présente pas une diversité de langues. La particularité de la Suisse en tant que pays multilingue tient à ce que l'Etat y reconnaît plusieurs langues officielles. Ce qui continue d'apparaître comme une spécificité et fait du multilinguisme un élément constitutif de la culture et de l'identité suisses. En cela, les questions, touchant au multilinguisme de l'Etat sont d'importance nationale.

Comme Etat plurilingue, la Suisse fonctionne avant tout sur la base d'une pratique bien confirmée. De telles traditions, dès longtemps établies, comportent toutefois le risque de ne pouvoir répondre que de manière insuffisante et peu flexible aux nouveaux défis qu'affronte la société. Des défis tels que ceux présentés par les langues des migrants et des migrantes, qui comptent plus de locuteurs que telle ou telle des langues indigènes du pays, ou bien celui du recours de plus en plus nécessaire à l'anglais comme langue de travail ou de loisir. A un moment où les nombreuses langues «nouvelles» entrent en concurrence avec les langues nationales traditionnelles, la politique linguistique de la Suisse ne peut plus se réduire aux seuls idiomes indigènes.

Pour autant, les langues nationales demeurent fondamentales pour la structure politique et culturelle de la Suisse. Certes, depuis longtemps, le pays connaît une relative paix linguistique. On ne saurait toutefois oublier qu'il existe là aussi de nouveaux défis. Au cours des dernières décennies, des tendances à la constitution de blocs linguistiques régionaux se sont affirmées. La focalisation renforcée sur la langue comme marque distinctive est à rapprocher de multiples facteurs, qui vont du relâchement des liens confessionnels au rétrécissement des réseaux professionnels et communicationnels à l'échelle des limites de chaque région. D'un point de vue politique et social, renforcer le sentiment d'appar-

tenance commune et de solidarité entre les habitants du pays, locuteurs de langues différentes, se présente de plus en plus comme un important devoir.

Au multilinguisme sociétal de la Suisse n'a jamais correspondu dans sa population un plurilinguisme individuel profilé de même manière. Certes, l'enseignement largement répandu d'une deuxième langue est de tradition, mais seuls les membres de certains métiers tenaient pour incontournable la maîtrise individuelle de plusieurs langues. Alors qu'aujourd'hui, dans le contexte économique, social et politique actuel, le plurilinguisme est devenu, dans toutes les branches et pour un nombre toujours croissant d'individus, un facteur clé de réussite professionnelle. Il est aussi fondamental pour la qualité et la diversité des relations et des circulations internationales dont le pays est partie prenante, tout comme pour la transmission et la construction des savoirs dans une société contemporaine où la pluralité de l'information et de l'accès à la connaissance constitue un enjeu majeur. Et c'est pourquoi le multilinguisme de ce pays doit surtout être pensé comme un potentiel qui, pour l'espace économique et face aux défis internationaux et aux nouveaux besoins d'une société de la connaissance, présente pour toutes celles et ceux qui vivent en Suisse des possibilités encore insuffisamment exploitées à ce jour.

Le point de vue économique ne doit cependant pas être le seul pris en compte dans un Etat multilingue. La langue joue un rôle central dans la construction identitaire des individus et des communautés locales tout comme dans la transmission des valeurs. L'acquisition d'autres langues nationales peut donc permettre, outre d'en avoir la connaissance, de trouver un accès direct à ce qui lie leurs locuteurs et locutrices et de renforcer ainsi la cohésion du pays. Dans la recherche d'une telle cohésion, il y a ainsi des voies et des moyens à trouver pour que la nécessaire avancée d'autres langues étrangères ne s'opère plus au détriment des langues nationales, comme c'est déjà le cas pour les plus petites.

Au vu des stéréotypes bien ancrés que les groupes linguistiques suisses entretiennent les uns à propos des autres, il y a quelque raison de douter de l'efficacité de l'enseignement traditionnel en matière d'unité nationale. On peut en conséquence se demander s'il n'y aurait pas lieu de réviser fondamentalement l'apprentissage des langues nationales en se référant au concept global des langues. Mais il faudrait en outre impliquer directement les citoyens et citoyennes de langues différentes dans le processus de révision: là encore, le multilinguisme du pays devrait être considéré comme une ressource potentielle susceptible d'être exploitée, mieux que cela n'a été le cas jusqu'à présent, pour la formation effective d'un grand nombre d'individus plurilingues.

De la position clé de la langue première (L1) pour chaque individu et pour sa communauté linguistique résulte l'obligation où se trouve l'enseignement scolaire des langues de développer les différents ordres de capacités dans cette langue première. L'étude des variétés standard de l'écrit et de l'oral importe pour chacune des langues nationales. En Suisse alémanique, il faut en outre prendre en compte la répartition des fonctions entre le dialecte et la langue standard.

Bien qu'il n'existe aucune unanimité clairement définie quant aux mesures appropriées au maintien et à la promotion des minorités linguistiques, le principe même en est très généralement reconnu, s'agissant des petites langues nationales. Il en va autrement pour les langues des minorités issues de la migration. Elles sont aujourd'hui une composante de la Suisse multilingue, même si elles ne jouissent d'aucun statut juridique au niveau officiel et même si leurs locuteurs n'occupent pas un territoire délimité et homogène. D'un côté, il en va de l'intégration des locuteurs et des locutrices des langues de la migration et de l'amélioration des chances de leurs enfants: et la langue joue là, indubitablement, un rôle central. Mais d'un autre côté, il en va à nouveau du potentiel que ces langues et cultures présentent pour la Suisse. La «multiculturalité» repose sur la réciprocité. Pour une utilisation constructive de ce potentiel, il est nécessaire d'en arriver à des normes pédagogiques, sociales, juridiques et, last but not least, administratives.

C'est sur cette toile de fond que la Confédération et les cantons sont appelés à définir une politique linguistique cohérente. L'élaboration d'une réglementation linguistique sur la base de la nouvelle Constitution fédérale est un élément de cette politique. Du fait de la répartition des compétences à l'intérieur de la Confédération, un rôle central revient aux cantons.

Dans tous ces secteurs, la recherche suisse a déjà produit des résultats tangibles; ils ne semblent pas toutefois avoir été dûment pris en considération, que ce soit au plan politique ou, moins encore, dans le débat public. Et cela est encore plus flagrant pour la recherche internationale. La longue tradition de multilinguisme officiel et d'enseignement obligatoire des langues en Suisse présente le danger que les travaux étrangers sur ces questions soient «oubliés» et que, dans ces domaines où la Suisse s'estimait en avance, elle se retrouve non seulement concurrencée, mais, de fait, dépassée. Et ces mêmes méthodes bien rôdées que l'on a en Suisse pour traiter les problèmes ont pu aller à l'encontre de tout effort d'innovation en matière de droit linguistique ou de pédagogie des langues. Certes, le système fédéral rend difficile une réglementation uniforme et les conditions auxquelles répond l'enseignement des langues ne sont pas uniquement pédagogiques ou utilitaires, mais aussi politiques. La Suisse n'est toutefois pas la seule à devoir se colleter à des problèmes de cette nature ; ils se posent aussi, entre autres et de plus en plus, à l'Union européenne ou à l'Afrique. Ce qui a suscité d'importants travaux de recherche. Tous les projets relevant du PNR 56 devront donc systématiquement prendre en compte les recherches internationales pertinentes. Des études comparatives peuvent aussi s'avérer ici particulièrement précieuses.

#### 4. Objectifs du PNR

*La politique suisse en matière de langues a pour but, d'une part, de renforcer la compréhension entre les différents groupes linguistiques et, d'autre part, de contribuer à la construction identitaire des individus dans ses dimensions linguistiques, ainsi qu'au développement de leur compétence en langues première et autres. Le PNR 56 a pour visée de poser les fondements scientifiques de cette politique.*

Le comité de direction a défini trois grands axes pour le Programme de recherche, axes qui se confortent réciproquement et qui par ailleurs pourront donner lieu à des projets interdisciplinaires:

**1. Les fondements et le cadre général en droit d'une politique cohérente des langues** pour l'Etat fédéraliste multilingue sont à travailler. On a ici besoin d'études juridiques aussi bien fondamentales qu'appliquées. Les réglementations de droit sont d'une importance fondamentale pour l'organisation de la communication à l'intérieur de l'Etat et de l'école tout comme dans les affaires publiques. Elles sont au service d'une politique des langues, qui doit aussi être menée à bonne fin. C'est pourquoi il y a à dégager les conditions générales à respecter pour que des mesures de politique linguistique soient acceptées et les objectifs visés ainsi atteints.

**2. Les compétences linguistiques** des habitants et habitantes de la Suisse sont à analyser et à développer, aussi bien dans leurs langues premières que dans celles acquises à l'école ou en dehors de l'école: de quoi se composent ces compétences, comment se construisent-elles au cours du développement, comment peuvent-elles être mesurées, comment peuvent-elles être renforcées? C'est à partir de là qu'on pourra dégager des propositions pour remédier à d'éventuelles insuffisances de l'apprentissage des langues et de la communication et ainsi tirer parti au maximum du potentiel particulier de l'Etat multilingue et prendre en considération ses problèmes spécifiques. De bonnes compétences linguistiques, adéquates d'un point de vue communicatif, sont la condition du succès de la communication entre les individus et entre les communautés linguistiques. Elles sont aussi nécessaires pour le progrès des individus que pour l'économie et

pour le bon fonctionnement de l'Etat multilingue, tout comme dans le domaine des relations internationales et dans celui de la construction et de la transmission des connaissances.

**3. L'importance de la langue dans l'identité individuelle et collective** doit aussi donner lieu à examen. Dans cette perspective, la relation entre plurilinguisme et identité présente un intérêt particulier. Des cas diversifiés de biographies langagières peuvent à cet égard, de manière exemplaire, rendre perceptible le large spectre des expériences que les individus ont des langues. Et les décisions d'ordre juridique ou politique ont à prendre en compte ces dimensions générales, si on entend qu'elles aient quelque effet. En outre, en s'appuyant sur ce type de considérations, des mesures équitables de soutien aux minorités linguistiques pourraient être préparées.

Il est prévu d'affecter environ 2 millions pour les axes 1 et 3 et 3 millions pour l'axe 2. Toutefois, le crédit cadre de l'axe 2 pourra être augmenté (au détriment des deux autres) selon les propositions de projet présentées et en fonction de leur qualité scientifique.

## 5. Axes de recherche du Programme

### 5.1. Premier axe de recherche: Langue, droit et cadre d'action d'une politique des langues

La réglementation juridique de la coexistence des langues ne jouait, jusqu'à il y a peu, qu'un rôle très limité ; les traditions et des principes non écrits restaient déterminants. Récemment, on a pu observer une nette tendance en faveur d'un traitement réglementaire plus strict des questions linguistiques au niveau constitutionnel et législatif. De là les débats quant à l'opportunité et à l'efficacité de telles réglementations ; et les voix ne sont pas isolées qui estiment que des mesures réglementaires seraient contre-productives, voire plutôt dangereuses pour la paix linguistique.

*Recherche fondamentale en matière de droit:* Une première zone thématique de travail consiste à tirer au clair les rapports entre, d'une part, les garanties individuelles de liberté linguistique et, d'autre part, l'intérêt officiel pour une certaine limitation de ces libertés. Les dispositions d'ordre constitutionnel ou de droit international interdisant toute discrimination sur la base de la langue, de même que les recommandations internationales relatives au maintien et à l'avancement des minorités linguistiques présentent de sévères contraintes pour toute législation portant sur les langues, ainsi que pour toute politique linguistique de la Confédération ou des cantons. Ces contraintes doivent être clairement inventoriées et les domaines de compétence clarifiés.

*Valeurs sociales et culturelles:* Le droit linguistique repose sur des valeurs établies pour une part de manière normative, mais tenant pour l'essentiel à des opinions et des convictions propres à une tradition et à une culture. On comprend ainsi pourquoi des éléments du droit linguistique suisse généralement tenus pour centraux ont pu donner lieu à interprétations fort diverses. Il en va ainsi du concept du principe de territorialité et de l'idée corollaire d'homogénéité d'un territoire comme d'un bien à défendre, ou des opinions quant au caractère bénéfique ou nocif du bilinguisme précoce, ou de l'importance relative attribuée aux variétés écrites ou orales d'un point de vue culturel, mais aussi juridique, ou encore aux règles qui doivent gouverner les échanges entre des locuteurs de langues différentes, etc. Les arrière-plans historiques et idéologiques de telles valeurs doivent être rendus plus clairs par une coopération interdisciplinaire, puisqu'ils influent sur la réglementation linguistique en matière d'emploi et de scolarisation. Il est particulièrement important de mettre au point les critères selon lesquels trancher entre des valeurs qui se trouveraient être contradictoires (ainsi peut-être entre liberté linguistique, homogénéité du territoire linguistique, intercompréhension entre les communautés linguistiques, soutien aux minorités linguistiques, etc.). Dans ce secteur thématique une

collaboration interdisciplinaire des sciences du langage et d'autres sciences sociales avec le droit et la jurisprudence s'impose à l'évidence.

*Domaines de réglementation et densité de la réglementation:* Il y a lieu de déterminer clairement dans quels domaines des réglementations linguistiques en concordance avec les assertions normatives et les valeurs reconnues peuvent être formulées de manière qui fasse sens et être effectivement adoptées. Il est vrai qu'il semble que doive d'abord ici être concerné l'emploi des langues dans l'espace public (lieux administratifs, école, médias) ; mais il est incontesté que, par exemple, la réglementation linguistique de l'école a des effets massifs et assez fréquemment ressentis comme douloureux dans la sphère privée, et notamment dans les pratiques linguistiques familiales. On ne saurait oublier que toute convention linguistique, y compris entre des locuteurs d'une même langue, repose exclusivement sur la coopération entre les interactants concernés. Ce qui pose des limites strictes quant à la faisabilité et à l'efficacité de réglementations purement juridiques.

Les bases juridiques demandent tout particulièrement ici des mesures officielles qui comportent des implications financières. Ceci ne concerne pas seulement l'école, mais aussi le soutien aux administrations plurilingues ou les mesures d'appui aux langues des minorités. Dans ces cas aussi, il y a lieu de mettre au jour les valeurs fondamentales et de les confronter les unes aux autres. C'est justement là que des questionnements radicaux et inhabituels sont de mise.

*Préjugés et tabous dans l'aménagement linguistique:* Comme l'aménagement linguistique repose en Suisse sur des mécanismes bien rôdés et un consensus traditionnel, les préjugés et les tabous y jouent aussi un rôle important. Toute intrusion dans cet ensemble complexe doit compter avec des résistances de toutes sortes. Même des interventions qui pourraient aujourd'hui se fonder sur de fermes certitudes scientifiques et qui apporteraient des améliorations tangibles butent sur des obstacles ou s'avèrent politiquement irréalisables. Les difficultés rencontrées pour l'introduction du Rumantsch Grischun ou encore le rejet de l'enseignement des langues par immersion dans le Canton de Fribourg en sont des exemples récents. D'autres problèmes ont été régulièrement soulevés pendant des décennies sans pour autant qu'on s'attache vraiment à leur trouver des solutions. Ainsi de l'emploi du dialecte en Suisse alémanique, qui, de l'avis général, pose un problème de communication; et pourtant on manque de recherches concrètes sur son usage effectif dans la communication avec des locuteurs d'autres langues, tout autant que de propositions réalisables visant à résoudre le problème.

*Conditions cadre:* C'est en fonction de cet arrière-plan qu'il convient de s'interroger sur les conditions politiques et sociales de la réussite d'une politique linguistique. Le point de départ pourrait être un inventaire de propositions innovantes et opérationnelles visant au progrès des compétences linguistiques et de la capacité à communiquer, au recours à de nouvelles formes de communication, à l'amélioration des échanges culturels et informationnels au niveau national. Il y aurait à analyser le succès ou l'insuccès de ces propositions. Et à cet égard, il y aurait lieu d'examiner non seulement ce que font ou ne font pas les responsables politiques, mais d'interroger aussi l'action des médias et de tous les groupes qui ont part au débat, depuis les groupements ad hoc de défense d'intérêts jusqu'aux partis. En tant que possible, il conviendrait aussi d'introduire dans l'analyse des propositions et réalisations pertinentes d'autres pays.

La finalité de ces analyses est de construire une base de connaissances sur ce que doit être une action en matière de droit linguistique et de politique des langues, pour qu'elle soit acceptée et qu'elle puisse réussir dans les conditions compliquées d'équilibre instable qui caractérisent un Etat de riche tradition multilingue. Il ne s'agit pas, dans ce premier axe, d'analyser des spécificités ou des finesses juridiques. Plus importante est la comparaison de réglementations juridiques avec leurs effets ainsi que la réflexion concernant l'applicabilité politique de telles normes.

## 5.2. Deuxième axe de recherche: Compétence linguistique

Par compétence linguistique on entend ici la capacité à mobiliser des moyens linguistiques appropriés à des fins et à des attentes particulières. La compétence linguistique ne se réduit pas à la capacité de produire et de reconnaître des phrases correctes dans la langue première. S'il est avéré en effet que tout un chacun est à même de former des phrases correctes de sa langue première dans des situations de la vie quotidienne de son groupe d'appartenance, cela ne veut pas dire qu'il soit en mesure de produire un discours qui soit conforme aux attentes de tous en termes de «correction» et d'«adéquation». En ce sens, il existe de nombreuses compétences (en relation aux tâches à accomplir) et des niveaux différents de compétence (en relation aux attentes des destinataires).

*Etat actuel des compétences linguistiques:* Depuis le recensement de 1990, on dispose de données sur l'emploi des langues par la population suisse. Ces données dépendent nécessairement de l'autoévaluation des enquêtés et ne portent que sur l'usage de différentes variétés, non sur les différentes compétences et niveaux de compétence dans les variétés utilisées.

Un des objectifs du programme de recherche doit donc être le recueil de données plus précises et de caractère plus formel quant aux compétences effectives en langue: quelles connaissances linguistiques possèdent les individus et de quelle «qualité»? Ces recueils, effectués en étroite collaboration avec l'Office fédéral de la statistique ou d'autres institutions, doivent tout particulièrement porter sur les compétences en langue première, ce qui exige aussi, parallèlement, un travail de nature fondamentale. En outre, se posent à cet égard divers problèmes de frontières et de définitions. En Suisse alémanique, la représentation de plus en plus répandue de la variété écrite comme d'une «langue étrangère» et l'impact de cette représentation sur le développement des compétences en allemand standard (Hochdeutsch) sont des objets de recherche qui importent. En Romandie, l'appréciation de ses propres compétences en français au regard de celles d'autres francophones pose un problème comparable, encore que résolu différemment, tant du point de vue linguistique que psychologique. En ce qui concerne les Rhétoromans, il y a lieu de se demander, si toutefois, pour nombre de locuteurs, l'idiome rhétoroman est perçu comme un dialecte et l'allemand écrit comme une variété «naturelle», ce qu'il conviendrait alors de prendre en considération en termes de développement des compétences. Dans la partie italophone de la Suisse, les conséquences que le recul actuellement constaté du dialecte pourrait avoir sur les différentes compétences vaudraient d'être étudiées. Et pour toutes les langues, à côté des compétences écrites, plus faciles à améliorer, il y a lieu de s'intéresser à l'oral. Il serait précieux, d'un point de vue théorique, d'établir des critères d'appréciation des compétences orales, y compris pour les variétés non normées et donc de se demander si des situations linguistiques apparemment incomparables ne pourraient pas être ramenées à des constantes analogues, et si l'expérience d'une communauté linguistique donnée ne serait pas de nature à s'avérer particulièrement significative pour d'autres. Il va de soi que les compétences acquises dans d'autres langues que la L1 constituent aussi des pôles d'intérêt, tout comme la question pressante de l'illettrisme des adultes. Ces «inventaires de questions» ne sauraient bien entendu que proposer un échantillon d'exemples, et une collaboration étroite entre les chercheurs de différents secteurs scientifiques concernés par les langues sera d'autant plus importante. Les différentes compétences partielles à apprécier et les échelles d'évaluation qu'on y applique doivent être définies de manière que les résultats de telles études soient comparables et transposables dans la pratique.

On ne saurait enfin perdre de vue que l'usage de compétences langagières plurilingues ne se limite pas au territoire national et ne répond pas seulement à des besoins de communication interpersonnelle ou intercommunautaire, ou à des fonctions identitaires et de cohésion nationale. Il importe aussi de prendre en considération deux ordres d'usages qui, au demeurant, donnent lieu à une forte focalisation au niveau européen. Il s'agit, d'une part, de la mobilisation de compétences plurilingues aussi bien dans les relations



et les coopérations internationales que dans la circulation des hommes et des biens matériels et culturels. Et cela a trait, d'autre part, à la construction et à la transmission de connaissances dans un monde où, du fait aussi des développements technologiques, l'information et le savoir sont produits et diffusés par des voies et dans des langues multiples. Par rapport à ces deux ordres d'usage, une analyse et un progrès des compétences linguistiques utiles au niveau suisse sont aussi nécessaires que dans d'autres domaines; en raison, d'un côté, de l'implication toujours croissante du pays dans les échanges internationaux, singulièrement à l'intérieur d'une Europe en forte mutation ; du fait, d'un autre côté, de l'importance de plus en plus décisive pour les sociétés contemporaines de l'accès et de la participation au progrès des connaissances.

*Acquisition des compétences linguistiques:* Un questionnement de recherche majeur touche à la manière dont les personnes enquêtées ont acquis leurs compétences en langues. Cela concerne, d'une part, l'efficacité de l'enseignement en contexte scolaire, pour la L1 comme pour les autres langues. D'autre part, il y a à s'intéresser au développement de stratégies et de méthodes d'acquisition peut-être non conventionnelles, mais qui dans bien des cas s'avèrent efficaces, et singulièrement de celles qui ont fait leurs preuves en dehors de l'école. On sait par exemple que les enfants de Suisse alémanique disposent, dès avant leur entrée à l'école, de capacités de compréhension et de production orales dans la variété écrite, or l'enseignement scolaire de l'allemand n'en tient guère compte. Pour ce qui concerne l'enseignement de L2, la méthode d'immersion possède en Suisse une tradition centenaire de réussite, négligée par la recherche et non reconnue par la pratique comme modèle possible: celle des écoles primaires et secondaires rhéto-romanes. Une évaluation du caractère effectif et efficace des échanges scolaires apporterait sans doute quelque lumière sur le point de savoir si et comment les Romands s'entendent avec les Suisses alémaniques. Une recherche sur les modalités et les résultats de l'acquisition linguistique par les migrants et les migrantes pourrait permettre d'isoler des facteurs socioculturels et socioéconomiques qui favorisent ou compromettent l'apprentissage de la L2. Les cas des « minorités » et des « groupes marginaux » rendent plus manifestes des difficultés ou des potentialités qui peuvent valoir pour tous les apprenants. Recueillir et évaluer les diverses observations – aussi dispersées que nombreuses – effectuées dans ce domaine fournirait un utile instrument d'aide. Une autre minorité souvent oubliée est celle des sourds. Pour eux l'enjeu est celui du système d'expression le plus approprié à l'épanouissement de leur compétence verbale. La question ici posée, d'un grand intérêt général, est celle des relations entre le développement cognitif des sourds et leur accès à la langue des signes. Elle est aussi celle des difficultés et des potentialités particulières que présente, pour cette minorité, un Etat multilingue.

*Les causes de la réussite ou de l'échec dans l'acquisition des compétences linguistiques de base* se présentent comme de très importants enjeux pour la recherche. En dehors de l'efficacité de l'enseignement scolaire des langues (domaine où existent sans doute le plus de travaux), c'est de contextes et de conditions de l'apprentissage qu'il s'agit: dans l'ordre du social (appartenance de classes et de catégories), du pédagogique (cadres et formats d'enseignement et d'apprentissage), du psychologique (styles et profils d'apprenants), du culturel (variations culturelles de la communication) ou d'ordre plus strictement linguistique (par exemple: poids des normes et structures de la langue première). Parmi les facteurs qui influent sur l'apprentissage, on relèvera en outre toutes sortes d'attitudes et de représentations positives ou négatives à propos des langues à apprendre et de leurs locuteurs.

*Formation des enseignants et autres médiateurs pour l'enseignement des langues:* Eu égard aux transformations en cours à tous les niveaux dans la formation des enseignants, un problème relatif à l'enseignement scolaire des langues se trouve en pleine actualité: le niveau de formation des enseignants. Il est d'importance pratique de déterminer quelle relation (éventuellement surestimée) existe entre le niveau de compétence de l'enseignant et la réussite de son enseignement. Il convient en outre de se demander s'il n'y aurait pas en Suisse des rôles tout à fait spécifiques pour des médiateurs linguistiques d'une

autre sorte, comment ce champ professionnel jusqu'à présent peu connu dans le pays devrait être délimité, quels aspects des capacités linguistiques pourraient raisonnablement être développés avec succès grâce à de tels médiateurs et comment les personnes intéressées seraient formées à cette fin.

*Enquêtes sur l'emploi des langues:* Encore que les recensements apportent des informations sur l'emploi de différentes langues dans les usages effectifs ordinaires en contexte familial ou professionnel, on manque de connaissances précises sur les rôles et les apports des compétences linguistiques en langue première et dans les diverses langues secondes, et cela aussi bien pour les carrières individuelles que pour le fonctionnement des institutions publiques. Il y a aussi à prendre ici en considération les fonctions différenciées des diverses compétences. Dans le domaine économique, le rôle, le niveau et l'utilité des capacités linguistiques dépendent de ce que demande l'activité, elle-même différenciée selon les branches et les secteurs professionnels et les langues secondes concernées. Il y a lieu de mieux connaître cette demande. Dans le domaine institutionnel, ce qui intéresse, c'est le cours effectif de la communication entre les usagers et les administrations, tant dans les langues officielles (par exemple pour ce qui est de la compréhension des textes réglementaires), qu'en dehors aussi de ces seules dernières.

Dans les deux domaines, les relations entre compétences linguistiques et efficacité de la communication sont à étudier. Et il y a lieu de porter une attention particulière à des pratiques de communication sans doute moins classiques, mais bien réelles, telles que le recours à une Lingua Franca ou l'emploi de plusieurs langues dans un même échange (selon l'interlocuteur ou le thème, ou à valeur «simplement» symbolique), ou encore l'utilisation de la langue des signes, etc. Enfin, la recherche peut s'intéresser à des pratiques, qui, d'un point de vue communicationnel, pourraient être décrites comme perverses, telle que le «ne-pas-vouloir-comprendre une langue» (y compris en s'appuyant sur des dispositions légales).

*Amélioration des compétences linguistiques:* Importent ici les études orientées vers l'amélioration des compétences linguistiques et de la communication, sur la base d'analyses situationnelles. Un petit ensemble de recherches ciblées devrait consister en études-pilotes portant sur des questions précises. A cet ensemble pourraient par exemple appartenir, et toujours eu égard aux conditions régionales et au multilinguisme de l'Etat: le nombre, le choix et l'ordre des langues étrangères à l'école; l'âge optimal pour l'introduction de l'enseignement de la L2; la progression des contenus d'enseignement fondée sur les théories de l'acquisition; les méthodes d'enseignement les plus consacrées par l'expérience; les synergies possibles dans l'apprentissage de plusieurs langues; l'efficacité de l'enseignement bilingue; les possibilités qu'offre le multilinguisme de l'Etat aussi bien, si on l'exploite systématiquement, pour l'enseignement des langues que, similairement, pour une cohésion nationale renforcée; les formes non orthodoxes de communication entre les citoyens et l'Etat, etc.

A côté du travail de nature fondamentale relatif à la compétence linguistique, à sa caractérisation et à son développement, d'autres études devraient s'avérer particulièrement utiles: celles touchant à la faisabilité pratique, organisationnelle et financière de formes et de visées d'enseignement moins répandues et socialement moins acceptées, tout comme celles qui porteraient sur les voies et moyens de neutraliser les conditions sociales, culturelles ou régionales défavorables à l'acquisition des langues.

### **5.3. Troisième axe de recherche: langue et identité**

C'est dès la naissance que commence l'accoutumance de l'être humain à sa langue première, l'acquisition de la langue s'opère dans un rapport très étroit avec le développement cognitif et en relation à «l'apprentissage du monde». Le rôle de la langue pour la définition de soi et l'insertion sociale de l'individu ne souffre donc aucun doute.

Son rôle dans l'identité d'un individu ou d'une communauté est plus délicat à cerner. L'expérience identitaire de l'individu tient à ce qu'il peut se saisir comme «soi-même» dans une continuité. On peut de ce fait se demander si et jusqu'à quel point l'importance croissante des langues autres dans l'école, la profession, les médias, l'environnement, modifient cette expérience de son identité, voire la perturbent ou comment on peut parer aux conséquences éventuellement négatives de la continuelle confrontation avec les langues étrangères, si tant est qu'il faille y parer. Il convient aussi en effet de se demander si les frictions, qui peuvent naître de la confrontation avec des langues autres, ne tiennent pas à des facteurs de nature idéologique plutôt qu'à des mécanismes psychologiques fondamentaux.

Dans cette perspective, la question des conditions et des particularités psychologiques du bilinguisme précoce prend toute son actualité. Il ne devrait plus y avoir aucun doute sur le fait que les individus qui ont deux langues premières ne sont pas exposés pour autant à des problèmes psychologiques d'identité, dans la mesure où ils vivent leur plurilinguisme comme une caractéristique permanente de leur personnalité. Cependant, sur de nombreuses questions relatives au bilinguisme individuel, on sait encore bien peu, de l'ancrage neurolinguistique des compétences plurilingues et des conditions de leur développement, jusqu'aux incidences sociopsychologiques de l'appartenance à des communautés linguistiques différentes et coprésentes.

On en vient ainsi au rôle de la langue dans l'identité des communautés sociales. Il est permis de considérer que le partage de la langue constitue un facteur important de cohésion sociale dans les groupes primaires. A l'inverse, cette communauté de langue ne semble pas être toujours décisive dans l'identité de groupes secondaires ni faire partie de leur processus conscient d'identification et d'affirmation identitaire. Va dans ce sens le constat que, tout au long de l'histoire, la coexistence de langues différentes dans une même société a été la norme (et cela reste globalement vrai), le monolinguisme d'Etats-nations de l'espace européen se présentant comme une construction des XVIII<sup>e</sup> et XIX<sup>e</sup> siècles. Ce qui ne veut pas dire que la langue ne soit pas aussi en Suisse une marque identitaire de plus en plus importante pour les groupes. C'est pourquoi d'ailleurs les problèmes sociopsychologiques tenant au fait que coexistent des groupes parlant des langues différentes à l'intérieur d'un Etat multilingue comme la Suisse restent toujours virulents, pas seulement au voisinage des frontières linguistiques, mais aussi pour tous les membres des communautés migrantes, et de manière alors aggravée par le rapport d'inégalité dans lequel se trouvent les langues concernées et leurs locuteurs.

Le thème de recherche « Langue et identité sociétale » est particulièrement délicat à aborder sans prévention. Les chercheurs eux-mêmes, en tant que membres d'une communauté linguistique particulière, ne sont pas totalement exempts des opinions et représentations plus ou moins figées propres à cette communauté. Certes, rares sont les scientifiques qui projetteraient encore aujourd'hui des stéréotypes irréfutés sur les autres communautés linguistiques ou qui, à l'inverse, jetteraient un voile pudique sur des contradictions flagrantes. La culture suisse du consensus présente toutefois le risque d'un éclatement du discours scientifique lui-même entre une partie officielle (ce qu'on dit ouvertement) et une partie non-officielle (ce qu'on pense à mots couverts). Ce pourrait être une entreprise fructueuse que de se demander si des comportements de cette nature ne se retrouvent pas sous les nombreux paradoxes de l'aménagement linguistique en Suisse. Dans ce domaine, le travail en commun avec des chercheur-e-s autres que suisses paraît plus que nécessaire.

Un autre espace de questionnement s'inscrit dans la tension entre intégration et multiculturalité. En tant que tel, un large bilan des actions individuelles et collectives entreprises en vue de rendre effective la multiculturalité serait un instrument de référence précieux pour les décisions de politique linguistique.

## 6. Destinataires et domaines d'application des résultats

Le PNR 56 a pour finalité de conforter les bases sur lesquelles établir une politique des langues qui renforce la compréhension entre les différentes régions linguistiques et qui contribue à la construction identitaire des individus dans ses composantes linguistiques, ainsi qu'au développement de l'ensemble de leurs compétences en langues.

En matière de droit et de politique, les travaux devront établir quelles réglementations sont favorables à la coexistence linguistique et dans quels domaines il est préférable de ne pas légiférer. Toute politique linguistique s'inscrit toujours en effet dans un contexte culturel et historique. Il y a lieu de bien mettre en évidence ce contexte, si on entend créer les conditions favorables à une politique linguistique qui réussisse. Les résultats obtenus dans ce domaine permettraient sans doute une meilleure gestion des langues en Suisse. Ce qui ne devrait pas seulement faire sens pour les politiques, l'administration aussi bien que les responsables au niveau communal, cantonal et fédéral, mais aussi pour les acteurs et animateurs dans le monde de la culture.

Le PNR 56 devrait aboutir à une compréhension plus précise de l'apprentissage des langues première, seconde et tierce. En outre, des études en didactique des langues et sur les classes à composition multiculturelle ont à porter sur les modes d'instauration d'un climat plus favorable à l'apprentissage et à l'enseignement dans les écoles. Sont également attendus des résultats qui aideraient à débrouiller le vif débat actuel entre les tenants de l'anglais et les défenseurs d'une deuxième langue nationale pour le choix de la première langue étrangère. Les enseignants, les responsables scolaires, les départements cantonaux de l'Instruction et les instances politiques devraient être directement concernés par cet axe de recherche. Enfin, en matière d'usage des langues, les travaux touchant aux compétences plurilingues tant pour les relations et les circulations internationales que pour la construction et la transmission des connaissances importent évidemment, aussi bien pour le système éducatif dans son ensemble que pour les instances politiques.

Les études relatives à l'identité linguistique et à la coexistence de communautés linguistiques différentes en Suisse devraient être de pertinence pour un large public. Le défi de la pluralité culturelle n'est pas seulement l'affaire des autorités et des instances politiques, il touche aussi le secteur privé et les entreprises aussi bien que la vie en commun dans les villages et les quartiers. Du fait que la langue joue un rôle majeur dans la constitution identitaire, les résultats produits par cet axe de recherche seraient eux aussi de nature à présenter un très large intérêt.

Au niveau du Programme, plusieurs actions complémentaires seront menées durant les travaux, de manière à rendre publics les résultats en fonction des destinataires. Un ou une chargé(e) de valorisation sera nommé(e) dans cette perspective.

Au niveau des projets, il y a à vérifier si, grâce à la constitution de groupes de suivi constitués de praticiens qualifiés, quelques études ne pourraient pas être réalisées au plus près du terrain, de façon à ce que les résultats en soient directement liés à la pratique. Le comité de direction s'efforcera en particulier de retravailler les résultats des projets de recherche de telle sorte qu'ils puissent être utiles pour la pratique.

## 7. Indications relatives à la présentation des projets

Le thème des propositions de projets devra s'inscrire à l'intérieur d'un des trois axes de recherche développés ci-dessus. On attachera une attention particulière aux projets répondant aux caractéristiques suivantes:

**Acquisition/apprentissage des compétences linguistiques:** Sous réserve d'une bonne qualité scientifique, seront traitées de manière prioritaire les propositions de projet ayant trait aux questions actuelles de l'amélioration, de l'avancement ou de l'intensification de l'apprentissage des langues dans les écoles. Les responsables de la formation ont un urgent besoin de documentation scientifique dans ce domaine. Mme G. Fuchs de la

Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP) se tient volontiers à votre disposition pour de plus amples informations (031 309 51 11).

**Etudes de clarification et de synthèse:** Si le besoin en est démontré, le comité de direction acceptera aussi d'examiner, dès le début du programme, des propositions pour des études de synthèse et de clarification contribuant à mettre en lumière les lacunes scientifiques existantes ou de décrire les informations à disposition permettant d'utiliser le savoir actuel pour sa mise en valeur dans la pratique.

**Dimension interdisciplinaire:** Les projets interdisciplinaires, associant des collaborateurs de différentes disciplines, seront particulièrement bienvenus. L'interdisciplinarité peut aussi être atteinte par la présentation de propositions thématiques de portée transversale par rapport aux axes de recherche du Programme.

**Relation à la recherche internationale:** Le PNR 56 doit s'inscrire à l'intérieur du contexte de recherche européen et international. C'est pourquoi les projets qui prévoient une relation à la recherche internationale seront bien accueillis. Cela peut impliquer que des partenaires étrangers soient associés au projet, que des études comparables soient entreprises à l'étranger, voire qu'un travail en commun soit programmé (par exemple sous forme de séjours de recherche dans des laboratoires étrangers). Dans tous les cas, chaque requête doit être bien documentée quant à l'état de la recherche internationale.

**Relation à la recherche fondamentale:** Les esquisses de projets doivent se référer aux nombreux résultats de la recherche fondamentale. Au cours des dernières décennies, les sciences du langage ont connu des avancées notables. Ces nouveaux acquis devront aussi servir d'arrière-plan à des projets orientés vers la pratique. Pour autant, des études «méta», à caractère théorique, ne sont pas à écarter, qui feraient usage, dans des perspectives résolument nouvelles, de données déjà disponibles.

**Relation à l'application:** Les projets devront avoir un net rapport à la pratique. Cela peut être notamment assuré par la mise en place d'un groupe de suivi constitué de praticiens qualifiés qui accompagne le projet et y apporte des inputs orientés vers la pratique. De plus, les projets de collaboration avec les cantons sont bienvenus.

**Collaboration étroite avec l'Office fédéral de la statistique:** Les projets qui prévoient un recueil de données, doivent établir des relations avec les enquêtes internationales existantes. On mentionnera en particulier l'enquête ALLSS (Adult Literacy and Life Skills Survey) ainsi que les enquêtes faites dans le cadre de PISA (Program for International Student Assessment). Un contact étroit avec l'Office fédéral de la statistique, compétent pour ces recueils de données, sera souhaité. La personne à contacter est M. H. Gilomen.

## 8. Procédure pour les propositions de projets

Comme il est d'usage dans les PNR, le Comité de direction a convenu d'une procédure de dépôt en deux phases. Ce procédé permet de coordonner au mieux les projets de recherche et de déterminer les priorités.

Durant la première phase, les chercheuses et chercheurs intéressés par le programme déposeront une esquisse de projet. Celle-ci doit comprendre une vue d'ensemble succincte du projet de recherche prévu et donner un aperçu sur les points suivants:

- Problématique, hypothèses générales et description du contenu du projet
- Méthode de recherche et calendrier
- Orientation interdisciplinaire
- Clarification de l'accès aux sources requises, le cas échéant indications concernant le traitement des questions de protection des données et du secret professionnel

- \_ Formes et niveaux du langage desquels sera traité la problématique et seront examinées les hypothèses
- \_ Avantages escomptés et possibilités de valorisation des résultats
- \_ Coûts approximatifs en personnel et en matériel
- \_ Collaboration prévue avec des groupes de recherche d'autres disciplines et/ou avec d'autres organismes, privés ou publics

L'esquisse du projet aura cinq pages au maximum. Elle sera envoyée avec une feuille de couverture qui peut être téléchargée à partir du site [www.snf.ch](http://www.snf.ch).

Les projets de recherche doivent être limités à une durée de 36 mois maximum. Tous les projets sans exception doivent être terminés au plus tard en décembre 2008. Le Comité de direction évalue les esquisses de projet avec le concours d'experts internationaux et sur la base des critères présentés ci-dessous. Les esquisses de projet peuvent être soumises dans les quatre langues officielles de la Suisse. L'anglais est admis.

Durant la deuxième phase de la procédure, le comité de direction convie les auteurs sélectionnés à mettre au point leur plan de recherche de manière détaillée. A cette occasion, il sera tenu compte des modifications exigées par le comité de direction. Les requêtes de recherche sont à remettre conformément aux directives du Fonds national précisées sur les formulaires du PNR. Les requêtes seront évaluées par le comité de direction et avec le concours d'experts externes. Elles seront ensuite transmises au Conseil de la recherche du Fonds national pour décision finale.

### **Critères de sélection**

L'évaluation des esquisses de projets et des requêtes de recherche se fonde sur les critères suivants:

**Conformité de l'objectif:** Les projets doivent refléter les objectifs scientifiques fixés par les modules de recherche et s'inscrire dans le cadre général du PNR56.

**Qualité scientifique:** Sur les plans théorique et méthodologique, les projets doivent correspondre au niveau actuel des connaissances et aux standards scientifiques internationaux de la recherche. De plus, ils auront une relation avec la recherche fondamentale.

**Originalité:** Les projets doivent traiter de nouvelles questions ou apporter de nouveaux éclairages à des problématiques classiques.

**Application et valorisation:** Les programmes nationaux de recherche ont un mandat explicite de mise en œuvre pratique. C'est pourquoi une priorité élevée est accordée aux projets orientés vers l'application et la réalisation et qui ont une pertinence importante pour la pratique.

**Interdisciplinarité:** Les projets ayant une orientation interdisciplinaire feront l'objet d'une attention particulière.

**Rapport coûts/bénéfices:** Le rapport escompté entre les coûts et les bénéfices est aussi pris en compte lors de l'évaluation des requêtes.

**Personnel et infrastructure:** Le succès d'un projet peut dépendre de l'expérience scientifique du groupe de recherche, ou de la disponibilité d'une infrastructure de recherche adéquate.

## Calendrier

*Le calendrier des échéances du PNR 56 se présente comme suit:*

- Mise au concours publique: juillet - octobre 2004
- Remise des esquisses de projet: le 10 novembre 2004
- Evaluation des esquisses de projet: novembre - décembre 2004
- Rédaction des requêtes de recherche: janvier - mars 2005
- Evaluation des requêtes: avril - mai 2005
- Début de la recherche: juin 2005
- Clôture des projets de recherche: fin 2008

Les esquisses de projets sont à remettre au plus tard **jusqu'au 10 novembre 2004** (date du timbre faisant foi) à l'adresse suivante:

Fonds National Suisse  
Division IV PNR 56  
Wildhainweg 20  
CH-3001 Berne  
Tel. 031 308 22 22  
e-mail: cmottas@snf.ch

Le plan d'exécution, le formulaire et la feuille de couverture pour l'esquisse du projet sont à disposition sur le site [www.snf.ch](http://www.snf.ch). Les esquisses de projet et les requêtes de recherche doivent être adressées au Fonds National aussi bien par courrier postal que par courrier électronique. Les esquisses et requêtes adressées exclusivement sous forme électronique ne peuvent être acceptées pour des raisons juridiques.

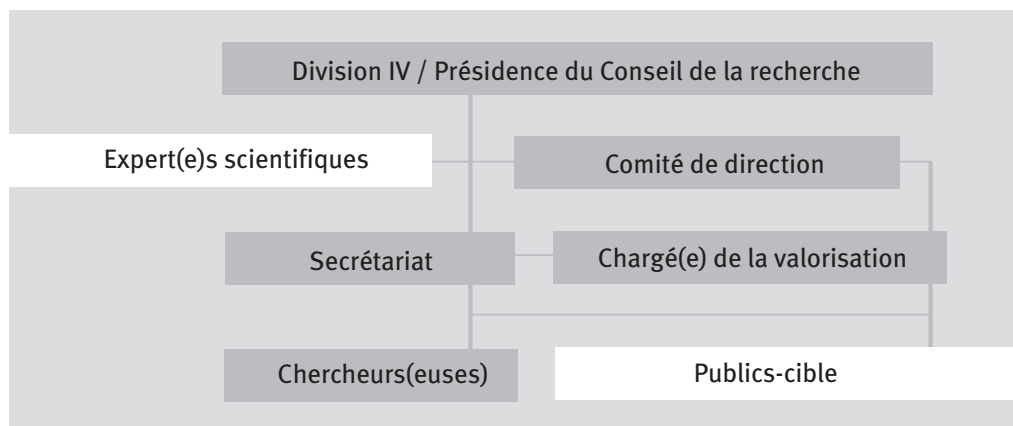
L'expertise du contenu des projets est précédée d'un examen formel effectué par le secrétariat de la Division IV (contrôle de l'intégralité des indications et du respect des délais). Les esquisses ne remplissant pas les critères formels ne seront pas prises en considération pour l'expertise.

### **Remarque concernant la taxe à la valeur ajoutée (TVA)**

Les bénéficiaires des contributions versées par le FNS ne paient pas de TVA (art.33, alinéa 6 LTVA), étant donné que ce dernier n'attribue pas de mandats de recherche dans le cadre du programme, mais uniquement des contributions pour promouvoir la recherche scientifique en Suisse.

## 9. Organisation du PNR

### 9.1 Les principaux acteurs



#### Division IV du Conseil de la recherche; Rapporteur/euse

La Division IV compte 20 membres qui couvrent un large éventail de disciplines scientifiques. Au sein du Conseil de la recherche, elle assume l'entière responsabilité de la réalisation des Programmes nationaux de recherche (PNR), des Programmes prioritaires de la Confédération (PP) et des Pôles de recherche nationaux (PRN). La Présidence du Conseil de la recherche décide, sur recommandation de la Division IV, de l'approbation ou du refus des projets.

La rapporteuse/le rapporteur représente le Conseil de la recherche de la Division IV au sein du Comité de direction. Elle/il soumet les requêtes du Comité de direction au Conseil de la recherche qui les approuve ou les refuse.

#### Le Comité de direction

Le Comité de direction est un organe restreint et flexible, dont la fonction durant toute la durée du programme est principalement d'ordre stratégique. Il est responsable de l'exécution du programme pour ce qui est de sa qualité scientifique et de sa valorisation. Il constitue l'instance qui définit le programme, lui donne son profil et assure la continuité et la cohérence indispensables lors des décisions.

Il est idéalement formé de cinq membres et d'une présidente/d'un président. Les dimensions scientifique et appliquée doivent être représentées dans un rapport équilibré; la dimension scientifique doit de préférence être représentée par des membres internationaux. Le Comité de direction est tenu de s'adjoindre les experts les plus qualifiés pour certaines tâches spécifiques telles que l'élaboration du plan d'exécution, les expertises dans le cadre de l'évaluation des projets et pour les travaux de valorisation.

La rapporteuse/le rapporteur et un collaborateur/une collaboratrice scientifique de la Division IV du FNS prennent part aux séances du Comité de direction.

#### Secrétariat

Le Secrétariat de la Division IV du FNS est responsable de la gestion opérationnelle. Il applique les décisions du Conseil de la recherche et du Comité de direction. Il est l'organe de référence pour tous les acteurs en ce qui concerne les questions administratives et financières. Le Secrétariat assure également le suivi et la coordination des projets.



### **Expert-e-s scientifiques**

Un groupe d'expert-e-s étrangers/étrangères est à disposition pour l'expertise des projets du PNR. Ce groupe est consulté par le Comité de direction suivant les besoins et assure la qualité scientifique.

### **Chargé-e de la valorisation**

Le/la responsable de la valorisation est nommé-e par le Comité de direction, en accord avec le Service de presse et d'information du Fonds national suisse et élu/e par le Conseil de la recherche. Il/elle est chargé, selon un mandat clairement défini, de concevoir la mise en valeur adéquate, de réaliser les mesures de valorisation prévues en respectant les standards professionnels, et d'assurer la qualité des relations publiques. Il/elle travaille en étroite collaboration avec le Secrétariat du Fonds national. La valorisation assure une plus-value (added value) profitable à l'ensemble du programme.

## **9.2 Comité de direction**

Prof. Walter Haas (président),  
Departement für Germanistik, Université de Fribourg

Prof. ém. Daniel Coste,  
ENS. Lettres et Sciences Humaines, Lyon

Prof. Rita Franceschini,  
Fachrichtung Romanistik, Universität des Saarlandes, Saarbrücken

Prof. Hans Goebel,  
Institut für Romanistik der Universität, Salzburg

Prof. Peter Sieber,  
Pädagogische Hochschule, Zurich

Prof. Ernest Weibel,  
Institut de Science politique de l'Université, Neuchâtel

### **Observateurs de l'administration fédérale**

Constantin Pitsch, Office fédéral de la culture (coordinateur)  
Heinz Gilomen, Office fédéral de la statistique

### **Observatrice de la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique**

Gabriela Fuchs, CDIP

### **Chargé/de de valorisation**

N.N.

### **Rapporteuse, Conseil de la recherche, Division IV du FNS**

Prof. Astrid Epiney, Université de Fribourg

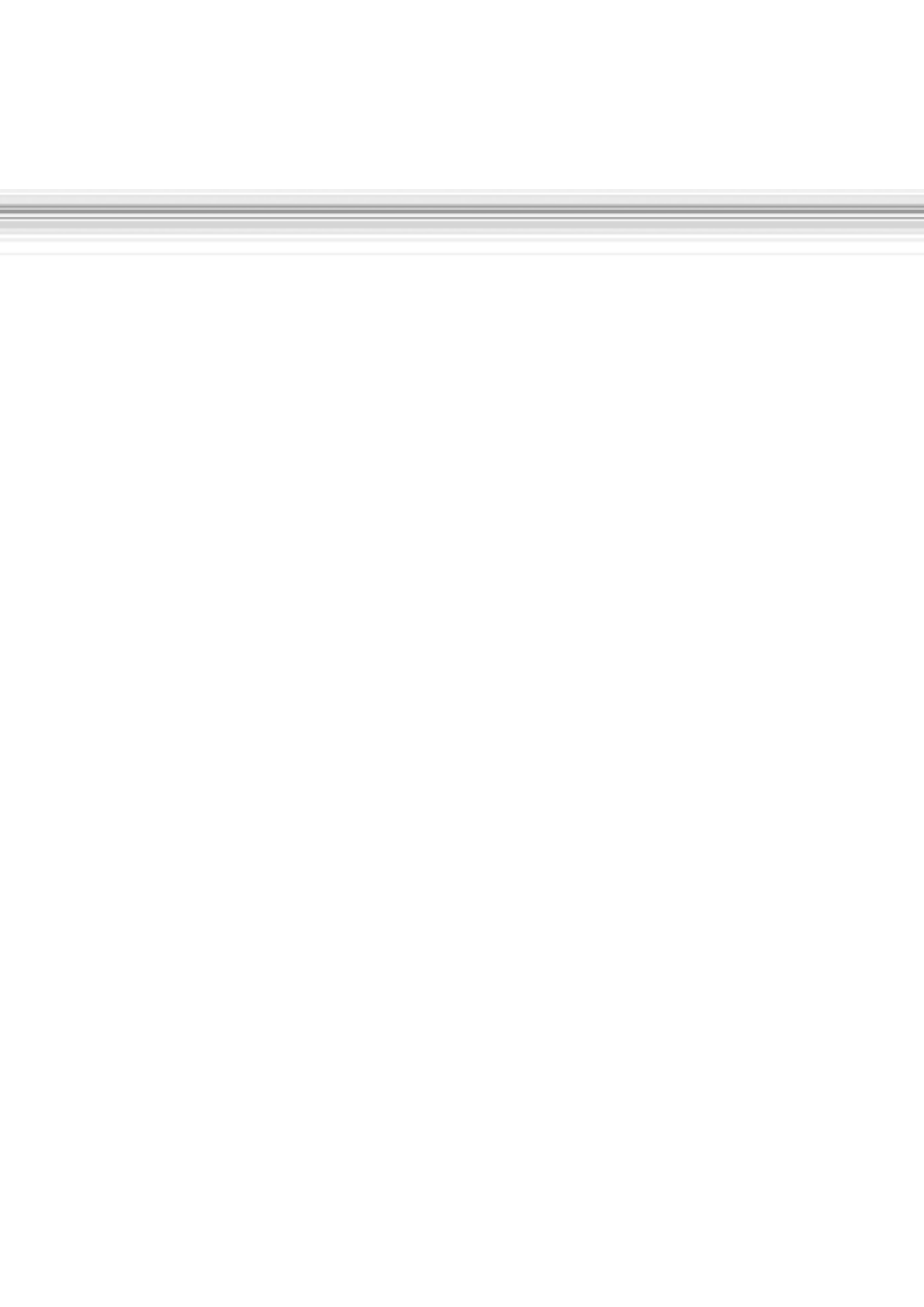
**Pour l'Office fédéral de l'éducation et de la science**

Dr. Claudine Dolt, OFES

**Collaborateur scientifique du Secrétariat, Division IV du FNS**

Dr. Christian Mottas, FNS  
Fonds national suisse  
Wildhainweg 20  
3001 Bern  
Tél. 031 308 22 22  
cmottas@snf.ch





---

## **Diversità delle lingue e competenze linguistiche in Svizzera**

Piano d'esecuzione del Programma nazionale di ricerca PNR 56

## **Che cos'è un programma nazionale di ricerca (PNR)?**

Nel quadro del PNR vengono svolti programmi di ricerca che contribuiscono alla soluzione di importanti problemi attuali. Sulla base dell'articolo 6 paragrafo 2 della legge sulla ricerca del 7 ottobre 1983, il Consiglio federale definisce le problematiche e le priorità che dovranno essere oggetto d'indagine nel quadro dei PNR. La responsabilità per l'esecuzione dei programmi è di competenza del Fondo nazionale svizzero, su relativo mandato del Consiglio federale.

Lo strumento PNR è così descritto nell'articolo 4 dell'Ordinanza relativa alla legge sulla ricerca del 10 giugno 1985 (situazione al 25 luglio 2000):

*«<sup>1</sup> Con i programmi nazionali di ricerca devono essere avviati e realizzati progetti di ricerca coordinati e orientati ad un obiettivo comune. Essi devono consentire di creare, ove necessario, un potenziale di ricerca supplementare.*

*<sup>2</sup> I problemi che possono formare oggetto di programmi nazionali di ricerca sono in particolare:*

- a. quelli di cui lo studio scientifico è importante a livello nazionale;*
- b. quelli alla cui soluzione la ricerca svizzera è in grado di fornire un particolare contributo;*
- c. quelli la cui soluzione richiede contributi di diverse discipline di ricerca;*
- d. quelli che non possono essere associati esclusivamente alla ricerca fondamentale pura, alla ricerca dell'amministrazione (ricerca del settore pubblico) o alla ricerca connessa all'industria;*
- e. quelli il cui studio approfondito si ritiene possa portare a risultati convertibili in campo pratico entro un lasso di tempo approssimativo di cinque anni.*

*<sup>3</sup> Nella scelta occorre inoltre considerare se i programmi*

- a. possono servire come base scientifica per delle decisioni del governo e dell'amministrazione*
- b. potrebbero essere elaborati in un progetto internazionale e siano nel contempo di grande interesse per la Svizzera.»*

## 1. Riassunto

Gli obiettivi della politica elvetica in materia di lingue sono, da un lato, di rafforzare la comprensione fra i diversi gruppi linguistici e, dall'altro, di contribuire alla costruzione identitaria degli individui nelle loro dimensioni linguistiche, come pure allo sviluppo delle loro competenze rispetto alla prima lingua e ad altre. Il PNR 56 mira a stabilire i fondamenti scientifici per questa politica. Esso comporta tre componenti principali: il chiarimento delle premesse giuridiche e politiche di un'azione in materia di politica linguistica, il progresso delle conoscenze relative allo sviluppo della competenza linguistica e della capacità di comunicare, e l'esame delle complesse relazioni fra lingue e costituzione dell'identità individuale.

## 2. Cronistoria del PNR

In conformità all'Ordinanza riveduta relativa alla legge sulla ricerca, e su mandato del DFI, l'Ufficio federale per l'educazione e la scienza (UFES) ha incaricato in data 10 giugno 2002 il Fondo nazionale svizzero (FNS) di elaborare una bozza di programma ed un relativo studio di fattibilità per un Programma nazionale di ricerca dal titolo di «Diversità delle lingue e competenze linguistiche in Svizzera». La bozza e lo studio di fattibilità sono stati approvati il 12/13 novembre 2002 dalla Commissione del Consiglio per la ricerca, in accordo con la Divisione IV. Il 22 gennaio 2003 il Consiglio federale ha deliberato di affidare al Fondo nazionale svizzero mandato per la realizzazione del Programma nazionale di ricerca 56 «Diversità delle lingue e competenze linguistiche in Svizzera». Sono stati stanziati a tal fine fondi per complessivi 8 milioni di franchi. È previsto l'utilizzo di 2 milioni per gli assi 1 e 3, di 3 milioni per l'asse 2 e di 1 milione per la valorizzazione e la riserva. Lo stanziamento per la voce 2 potrà essere aumentato (a scapito delle altre due voci) a seconda delle proposte progettuali presentate ed in funzione della rispettiva qualità scientifica. Il Consiglio per la ricerca del FNS ha istituito un Comitato di direzione, la cui mansione è di elaborare il piano di esecuzione e di assumere la responsabilità per la direzione strategica del programma. Questo Comitato (per la sua composizione vedi il punto 9.2) ha avviato i propri lavori il 16 giugno 2003 e ha redatto il presente piano di esecuzione sulla base della bozza di programma.

## 3. Introduzione

Non esiste praticamente alcun paese al mondo che non presenti una diversità di lingue. La peculiarità della Svizzera in quanto paese multilingue consiste nel fatto che lo Stato riconosca più lingue ufficiali. Ciò continua ad apparire come una specificità e fa del multilinguismo un elemento costitutivo della cultura e dell'identità elvetiche. Per questo motivo, i problemi del multilinguismo di Stato hanno rilevanza nazionale.

Come Stato plurilingue, la Svizzera funziona in primo luogo sulla base di una prassi ben affermata. Queste tradizioni, da tempo attestate, comportano però anche il rischio di non poter rispondere altro che in modo insufficiente e poco flessibile alle nuove sfide che la società si trova ad affrontare. Sfide quali quelle presentate ad esempio dalle lingue dei/delle migranti, che contano in parte più locutori di quanti non ne contano le lingue indigene del paese, oppure dal ricorso all'uso dell'inglese, sempre più necessario come lingua indispensabile nel campo del lavoro o del tempo libero. Nel momento in cui le numerose lingue «nuove» entrano in concorrenza con le lingue nazionali tradizionali, la politica linguistica della Svizzera non può ormai più ridursi ai soli idiomi nazionali, ed è necessario trovare soluzioni efficienti, in particolare per consolidare la lingua inglese.

Le lingue nazionali rimangono tuttavia fondamentali per la struttura politica e culturale della Svizzera. È pur vero che il Paese gode da tempo di una relativa pace linguistica. Non va però ignorato che anche a questo riguardo emergono nuove sfide. Nel corso degli ultimi decenni si sono affermate delle tendenze alla costituzione di blocchi linguistici

regionali. L'accresciuta focalizzazione sulla lingua come segno distintivo è correlata a diversi fattori, che vanno dalla diminuzione dei legami confessionali alle più strette connessioni economiche e mediali entro i confini delle singole regioni. Da un punto di vista politico e sociale, rafforzare il sentimento di appartenenza comune e di solidarietà tra gli abitanti del paese, locutori di lingue diverse, si presenta sempre più come un compito importante.

Al multilinguismo sociale della Svizzera non ha mai corrisposto da parte della sua popolazione un plurilinguismo individuale di uguale profilo. A livello nazionale viene, certo, tradizionalmente insegnata una seconda lingua, ma solo gli appartenenti a determinate professioni ritenevano indispensabile la padronanza individuale di più lingue. Ora però, nell'attuale contesto economico, sociale e politico il plurilinguismo è diventato, in tutte le branche e per un numero sempre crescente di individui, un fattore chiave di successo professionale. Il multilinguismo di questo paese deve quindi essere concepito soprattutto come un potenziale che, per lo spazio economico della Svizzera, e quindi per tutti i suoi abitanti, offre delle possibilità finora ancora insufficientemente sfruttate.

L'aspetto economico non deve tuttavia essere l'unico da tenere in considerazione in uno Stato multilingue. La lingua ha un ruolo centrale nella costruzione dell'identità dell'individuo e delle comunità locali, come anche nella trasmissione dei concetti di valore. L'acquisizione di altre lingue nazionali può quindi consentire di trovare, grazie alla loro conoscenza, l'accesso diretto a ciò che lega i loro locutori e le loro locutrici, rafforzando così la coesione del paese. Nella ricerca di una tale coesione si tratta quindi di reperire delle vie e dei mezzi affinché la necessaria promozione di altre lingue straniere non avvenga più a scapito delle lingue nazionali, come già avviene per quelle minori.

Di fronte agli spiccati stereotipi che le comunità linguistiche elvetiche osservano tra loro, si ha qualche motivo di dubitare dell'efficacia dell'insegnamento tradizionale delle lingue in materia di unità nazionale. Occorre quindi valutare l'opportunità di una riforma radicale dell'insegnamento delle lingue nazionali, per la quale il riferimento al concetto globale delle lingue può offrire utili spunti. Occorrerebbe però anche coinvolgere direttamente nel processo i cittadini e le cittadine di lingue diverse: anche qui, il multilinguismo del paese dovrebbe essere considerato come una risorsa potenziale da sfruttare, meglio di quanto è finora avvenuto, per una efficace formazione di un gran numero di individui plurilingue.

Dalla posizione chiave della prima lingua (L1) per ogni individuo e per la rispettiva comunità linguistica deriva l'obbligo per l'insegnamento scolastico delle lingue di sviluppare i diversi ordini delle capacità in tale prima lingua. Lo studio delle varietà standard scritte ed orali è importante per ciascuna delle lingue nazionali. Nella Svizzera tedesca si deve tener conto inoltre della ripartizione delle funzioni fra il dialetto e la lingua standard.

Pur non essendovi alcuna unanimità chiaramente definita quanto alle misure più appropriate per il mantenimento e la promozione delle minoranze linguistiche, il principio stesso è generalmente riconosciuto per quanto concerne le lingue nazionali minori. Le cose stanno diversamente per le lingue delle minoranze generate dalla migrazione. Queste costituiscono oggi una componente della Svizzera plurilingue, benché non godano di uno status giuridico a livello ufficiale e malgrado i loro locutori e locutrici non risiedano in un territorio circoscritto ed omogeneo. Si tratta, da un lato, dell'integrazione dei locutori e delle locutrici delle lingue della migrazione e del miglioramento delle prospettive per i loro figli, e qui la lingua ha indubbiamente un ruolo centrale. Ma, d'altro lato, si tratta di nuovo del potenziale che queste lingue e queste culture rappresentano per la Svizzera. La «multiculturalità» si fonda sulla reciprocità. Per un utilizzo costruttivo di questo potenziale si devono studiare delle norme pedagogiche, sociali, giuridiche e, non da ultimo, amministrative.



Infine non sarà mai sufficientemente sottolineata l'importanza del multilinguismo nazionale per l'interscambio di persone e di saperi a livello internazionale. Anche qui si tratta di far fruttare un bene nazionale a livello europeo e internazionale.

Di fronte a questo contesto, la Confederazione e i cantoni sono chiamati a formulare una politica linguistica coerente. L'elaborazione di una legge linguistica sulla base della nuova Costituzione federale è un elemento di tale politica. In base alla ripartizione delle competenze in seno alla Confederazione, un ruolo di primo piano spetta ai cantoni.

In tutti questi settori, la ricerca elvetica ha già prodotto risultati tangibili, che non sembrano tuttavia essere stati presi nella dovuta considerazione nel dibattito politico, e ancor meno in quello pubblico. E questo è ancora più flagrante per la rispettiva ricerca internazionale. La lunga tradizione di multilinguismo ufficiale e di insegnamento obbligatorio delle lingue in Svizzera cela il pericolo che i lavori compiuti all'estero su questi argomenti vengano «dimenticati» e che, in quei campi in cui si riteneva all'avanguardia, la Svizzera venga non soltanto a trovarsi sotto pressione competitiva, ma venga di fatto superata. Proprio i ben rodati metodi adottati in Svizzera per trattare i problemi possono piuttosto ostacolare ogni sforzo innovativo in materia di diritto linguistico o di pedagogia delle lingue. Il sistema federale rende certamente difficile una regolamentazione uniforme, e le condizioni cui risponde l'insegnamento delle lingue straniere non sono solo pedagogiche e utilitarie, ma anche politiche. La Svizzera non è tuttavia la sola a doversi confrontare con problemi di questo genere; sono problemi cui si devono confrontare, tra altri e in misura sempre crescente, l'Unione Europea o l'Africa. Questa situazione ha dato avvio a ricerche di ampio respiro a livello internazionale. Tutti i progetti del PNR 56 dovranno perciò tener conto sistematicamente delle ricerche internazionali pertinenti. Anche degli studi comparativi possono rivelarsi di particolare utilità.

## 4. Obiettivi del PNR

*La politica linguistica elvetica in materia di lingue ha come obiettivo, da un lato, di consolidare la comprensione tra i diversi gruppi linguistici e, d'altro lato, di contribuire alla costruzione identitaria degli individui nelle loro dimensioni linguistiche, così come allo sviluppo delle loro competenze rispetto alla prima lingua e ad altre lingue. La Confederazione e i cantoni sono chiamati a realizzare tali obiettivi. Il Programma nazionale di ricerca 56 ha il compito di porre le basi scientifiche per questa politica.*

Il Comitato di direzione ha definito tre assi principali per il Programma di ricerca, assi che si avvalorano a vicenda e che possono tra l'altro dar luogo a progetti interdisciplinari:

**1. Sono da elaborare i fondamenti giuridici e il quadro generale di una politica coerente delle lingue** per lo Stato federalista multilingue. Occorrono qui degli studi giuridici sia fondamentali che applicativi. Le regolamentazioni giuridiche sono di importanza fondamentale per l'organizzazione della comunicazione all'interno dello Stato e della scuola, come pure negli affari pubblici. Esse sono a servizio di una politica linguistica, che deve però anche essere attuabile. Vanno quindi studiate delle condizioni generali da rispettare affinché le misure di politica linguistica vengano accettate e possano quindi essere raggiunti gli obiettivi perseguiti.

**2. Le competenze linguistiche** delle e degli abitanti della Svizzera devono essere analizzate e sviluppate, per quanto concerne sia le prime lingue sia quelle acquisite a scuola o in ambito extra-scolastico: da che cosa sono composte tali competenze, come si costruiscono nel corso dello sviluppo, in che modo possono essere misurate, come possono essere consolidate? A partire da questi interrogativi dovranno essere elaborate delle proposte per ovviare ad eventuali carenze dell'apprendimento delle lingue e della comunicazione, al fine di trarre il massimo profitto dal particolare potenziale dello Stato multilingue tenendo nel dovuto conto i suoi specifici problemi. Delle buone competenze linguistiche, adeguate dal punto di vista comunicativo, sono la condizione per il successo

della comunicazione fra gli individui e fra le comunità linguistiche. Tali competenze sono parimenti necessarie per il progresso degli individui come pure dell'economia, e per il buon funzionamento dello Stato multilingue, e sono di fondamentale importanza per l'integrazione europea e internazionale della Svizzera.

3. Deve essere indagata anche l'importanza della lingua per *l'identità individuale e collettiva*. Sotto questo aspetto è di particolare interesse la relazione fra plurilinguismo e identità. In tale prospettiva, svariate biografie relative al linguaggio possono rendere accessibile, in via esemplificativa, la vasta gamma delle esperienze vissute dalle persone in campo linguistico. Le decisioni d'ordine giuridico o politico devono tener conto di queste dimensioni generali se si vuole che sortano qualche effetto. Basandosi inoltre su questo genere di considerazioni si potrebbero predisporre adeguate misure a sostegno delle minoranze linguistiche.

Per gli assi di ricerca 1 e 3 è previsto un credito di due milioni di Fr.s. ciascuno. Per l'asse 2 sono previsti 3 milioni di Fr.s. Per la valorizzazione e la riserva rimane 1 milione di Fr.s. Lo stanziamento per la voce 2 potrà essere aumentato (a scapito delle altre due voci) a seconda delle proposte progettuali presentate ed in funzione della rispettiva qualità scientifica.

## 5. Assi di ricerca del Programma

### 5.1. Primo asse di ricerca: Lingua, diritto e quadro d'azione di una politica delle lingue

Fino a poco tempo addietro, la regolamentazione giuridica riguardante la coesistenza delle lingue aveva un ruolo molto limitato nel diritto elvetico; determinanti rimanevano la tradizione e i principi non scritti. In tempi recenti si è potuta osservare una netta tendenza a favore di una più rigorosa regolamentazione dei problemi linguistici a livello costituzionale e legislativo. Ne derivano i dibattiti sull'opportunità e l'efficacia di tali regolamentazioni; non sono rare le voci che ritengono controproducenti, perfino piuttosto pericolose per la concordia linguistica, eventuali misure di regolamentazione.

*Ricerca fondamentale in materia di diritto:* Un primo ambito tematico di lavoro consiste nel chiarimento dei rapporti tra le garanzie individuali di libertà linguistica da un lato, e, dall'altro, l'interesse ufficiale per una certa limitazione di queste libertà. Dalla normativa internazionale che vieta qualsiasi discriminazione basata sulle lingue, come pure dalle disposizioni internazionali relative alla salvaguardia e alla promozione delle minoranze linguistiche, derivano rigide restrizioni per ogni legislazione inerente alle lingue, come per ogni politica linguistica della Confederazione o dei cantoni. Queste restrizioni devono essere chiaramente inventariate e devono essere chiariti gli ambiti di competenza.

*Valori sociali e culturali:* Il diritto linguistico poggia su valori in parte prescritti dalla normativa, per la maggior parte però indotti da opinioni e convinzioni derivanti da una tradizione e da una cultura. Si spiega così perché degli elementi del diritto linguistico elvetico generalmente ritenuti centrali abbiano potuto dar luogo a interpretazioni assai diverse. È il caso ad esempio del concetto sul principio di territorialità e dell'idea corollario di omogeneità linguistica di un territorio come bene da difendere, o delle opinioni sul carattere benefico o nocivo del bilinguismo precoce, sul quoziente culturale ma anche giuridico attribuito alle varietà scritte od orali, o ancora delle regole che devono governare l'interazione fra locutori di lingue diverse, ecc. I retroscena storici e ideologici di questi valori devono essere resi più chiari attraverso una cooperazione interdisciplinare, poiché influiscono necessariamente sulla regolamentazione linguistica in materia d'impiego e di scolarizzazione. È di particolare importanza mettere a punto i criteri in base ai quali dirimere tra possibili valori contraddittori (come ad esempio tra libertà linguistica, omogeneità del territorio linguistico, intercomprensione fra comunità linguistiche, soste-

gno alle minoranze linguistiche, ecc.). In questo ambito tematico si impone con evidenza una collaborazione interdisciplinare di scienze del linguaggio ed altre scienze sociali con la giurisprudenza.

*Ambiti di regolamentazione e densità della regolamentazione:* È opportuno determinare con chiarezza in quali ambiti sia poi possibile una giusta formulazione di regolamentazioni linguistiche in armonia con gli asserti normativi e con i valori riconosciuti, in modo tale che esse possano essere effettivamente adottate. È pur vero che qui pare trattarsi primariamente dell'uso delle lingue in ambito pubblico (sedi amministrative, scuola, media); è tuttavia incontestabile che, ad esempio, la regolamentazione linguistica nella scuola ha effetti massicci e non di rado vissuti come dolorosi nella sfera privata, e in particolare rispetto all'uso della lingua in famiglia. Non va dimenticato che ogni convenzione linguistica, inclusa quella fra locutori di una stessa lingua, si basa esclusivamente sulla cooperazione delle persone interagenti. Questo pone stretti limiti alla fattibilità e all'efficacia di regolamentazioni puramente giuridiche.

Necessitano in modo particolare di basi giuridiche quei provvedimenti ufficiali che hanno risvolti in campo finanziario. Questo non riguarda solo la scuola, bensì anche il supporto economico a favore di amministrazioni multilingue, o misure per il sostegno alle lingue delle minoranze. Anche in questi casi è necessario evidenziare i valori fondamentali, e confrontarli gli uni con gli altri. È proprio qui che si impongono interrogativi radicali e inconsueti.

*Pregiudizi e tabù nella gestione delle lingue:* Poiché la gestione delle lingue poggia in Svizzera su meccanismi ben rodati e su un consenso tradizionale, anche i pregiudizi ed i tabù vi svolgono un ruolo importante. Ogni intrusione in questo complesso conglomerato deve fare i conti con resistenze di ogni sorta. Perfino quegli interventi che oggi potrebbero basarsi su solide certezze scientifiche e che apporterebbero miglioramenti tangibili incontrano degli ostacoli o si rivelano politicamente irrealizzabili. Esempi recenti sono le difficoltà incontrate per l'introduzione del Rumantsch Grischun, o anche il rifiuto dell'insegnamento per immersione delle lingue nel Canton Friburgo. Altri problemi sono stati regolarmente sollevati per decenni senza tuttavia che vi sia stato un reale impegno per risolverli. Così ad esempio l'uso del dialetto nella Svizzera tedesca che, secondo l'opinione generale, pone un problema di comunicazione; e tuttavia mancano indagini concrete sul suo effettivo uso nella comunicazione con locutori di altre lingue, così come mancano proposte realizzabili miranti alla soluzione del problema.

*Condizioni quadro:* Di fronte a questo panorama, è necessario interrogarsi sulle condizioni quadro politiche e sociali di una politica linguistica efficace. Il punto di partenza potrebbe essere un inventario di proposte innovative e operative che avessero come obiettivo il miglioramento delle competenze linguistiche e della capacità comunicativa, il ricorso a nuove forme di comunicazione o il miglioramento degli scambi culturali e informativi a livello nazionale. Occorrerebbe analizzare la riuscita o il fallimento di questi piani. E a questo proposito sarebbe necessario non solo esaminare ciò che fanno o che non fanno i responsabili politici, ma anche indagare sull'azione dei media e di tutti i gruppi implicati nel dibattito, dalle coalizioni ad hoc di difesa d'interessi fino ai partiti. Per quanto possibile, sarebbe opportuno introdurre nell'analisi proposte e realizzazioni pertinenti di altri paesi.

La finalità di queste analisi è di costruire una base di conoscenze generali su ciò che deve essere un'azione in materia di diritto linguistico e di politica delle lingue perché venga accettata e possa avere successo nelle complesse condizioni di equilibrio labile che caratterizzano uno Stato dalla ricca tradizione multilingue. Non si tratta, in questo primo asse, di analizzare aspetti specifici o sottigliezze giuridiche. Più importanti sono il confronto di regolamentazioni giuridiche con i loro effetti, come pure la riflessione riguardo all'applicabilità politica di tali norme.

## 5.2. Secondo asse di ricerca: Competenza linguistica

Con il concetto di competenze linguistiche si intende qui la capacità di mobilitare dei mezzi linguistici appropriati in vista di fini e aspettative particolari. La competenza linguistica non si riduce alla capacità di produrre e riconoscere delle frasi corrette nella prima lingua. Se è infatti indubbio che ciascuno è in grado di formare frasi corrette nella propria prima lingua in situazioni della vita quotidiana del proprio gruppo di appartenenza, ciò non significa che egli sia capace di produrre un discorso che corrisponda alle aspettative di tutti in termini di «correttezza» linguistica e di «adeguatezza». In questo senso, esistono numerose competenze (in relazione ai compiti da assolvere) e vi sono differenti livelli di competenza (in relazione alle aspettative dei destinatari).

*Stato attuale delle competenze linguistiche:* Dal censimento del 1990 sono disponibili dei dati sull'impiego delle lingue da parte della popolazione elvetica residente. Tali dati dipendono necessariamente dall'auto-valutazione degli intervistati e riguardano solo l'utilizzo di diverse varietà, non però le diverse competenze e i diversi livelli di competenza nelle varietà usate.

Uno degli obiettivi del programma di ricerca deve quindi consistere nel rilevamento di dati più precisi e di carattere più formale quanto alle effettive competenze linguistiche: quali conoscenze linguistiche possiedono gli individui, e di che «qualità»? Questi rilevamenti, da effettuare in stretta collaborazione e con il sostegno finanziario dell'Ufficio federale di Statistica o con altri enti, devono vertere in particolar modo sulle competenze nella prima lingua, cosa che richiede anche, parallelamente, un appropriato lavoro concettuale di natura fondamentale. Sotto questo aspetto si pongono diversi problemi di frontiere e di definizioni. Per la Svizzera tedesca, un tema di ricerca importante riguarda il diffuso concetto secondo cui la varietà scritta è considerata «lingua straniera» e l'impatto di ciò sullo sviluppo delle competenze in tedesco standard (Hochdeutsch). In Svizzera romanda, il giudizio delle proprie competenze in francese rispetto a quelle di altri francofoni pone un problema comparabile, anche se diversamente risolto, dal punto di vista sia linguistico che psicologico. Per quanto riguarda i Romanci, è opportuno chiedersi se tuttavia, per numerosi locutori, l'idioma retoromancio sia percepito come un dialetto e il tedesco scritto come una varietà «naturale», cosa di cui si dovrebbe allora tener conto in termini di sviluppo delle competenze. Per la parte italoфона della Svizzera, sarebbe utile studiare gli effetti del regresso del dialetto attualmente in atto sulle diverse competenze. E per tutte le lingue è opportuno interessarsi, oltre che alle competenze scritte, più facili da rilevare, anche a quelle orali. Sarà qui importante, da un punto di vista teorico, stabilire dei criteri di valutazione della competenza orale anche in varietà non normate, e chiedersi quindi se delle situazioni linguistiche apparentemente non comparabili possano essere ricondotte a costanti analoghe, e se le esperienze di una data comunità linguistica non potrebbero essere tali da rivelarsi particolarmente significative per altre. Costituiscono ovviamente poli d'interesse anche le competenze acquisite in lingue diverse dalla L1, così come l'impellente problema dell'analfabetismo degli adulti. Questo «inventario dei problemi» può certamente essere compiuto solo col metodo del campione; sarà quindi tanto più importante la stretta collaborazione tra i ricercatori dei diversi settori scientifici interessati alle lingue. Le diverse competenze parziali da valutare e le scale di valutazione applicate devono essere definite in modo tale che i risultati degli studi condotti siano comparabili e trasferibili nella pratica.

*Acquisizione delle competenze linguistiche:* Un interrogativo importante per la ricerca riguarda il modo in cui le persone intervistate hanno acquisito le proprie competenze linguistiche. Questo concerne, da un lato, l'efficacia dell'insegnamento scolastico tradizionale delle lingue sia nella L1 che nella seconda e terza lingua. D'altro lato, occorre anche interessarsi al rilevamento di eventuali strategie e metodi di acquisizione forse non convenzionali ma che si rivelano in molti casi più efficaci, e in particolare anche di quelli che abbiano dato buona prova in ambito extra-scolastico. È noto, ad esempio, che già prima dell'ingresso a scuola i bambini della Svizzera tedesca dispongono di competenze

di comprensione e di produzione orali nella varietà scritta, ma l'insegnamento scolastico del tedesco non ne tiene molto conto. Per quanto concerne l'insegnamento della L2, il metodo d'immersione gode di una (efficace) tradizione ultracentenaria, ignorata dalla ricerca e non riconosciuta dalla pratica come modello possibile \_ precisamente nelle scuole primarie e secondarie romance. Una valutazione del carattere effettivo ed efficace degli scambi scolastici potrebbe far luce sulla questione di sapere come e se i giovani Romandi s'intendano con eo svizzero tedesco. La ricerca sulle modalità e sull'efficienza dell'acquisizione linguistica da parte dei e delle migranti può contribuire a rilevare determinati fattori socioculturali e socio-economici che promuovono od ostacolano l'apprendimento della L2: le «minoranze» ed i «gruppi emarginati» fanno meglio emergere le difficoltà e le possibilità che entrano in gioco per tutti coloro che apprendono. Raccogliere e descrivere l'esito dei numerosi ma isolati tentativi compiuti in questo campo è un utile ausilio. Un'altra minoranza spesso dimenticata è rappresentata dai sordi. Per questi si tratta del sistema di espressione più idoneo per lo sviluppo della loro competenza linguistica. È di grande interesse generale la questione del nesso tra lo sviluppo cognitivo dei sordi e il loro accesso al linguaggio dei segni; di particolare interesse è l'aspetto delle particolari difficoltà, ma anche delle particolari possibilità che lo Stato multilingue presenta per questa minoranza.

*I motivi del successo e del fallimento* nell'acquisizione delle competenze linguistiche ritenute fondamentali rappresentano un obiettivo di ricerca particolarmente importante. Oltre all'efficienza dell'insegnamento scolastico delle lingue straniere (un campo che conta senz'altro il maggior numero di lavori), si tratta in questo caso dei contesti e delle condizioni dell'apprendere: nell'ordine del sociale (appartenenza a classi e categorie sociali), della pedagogia (quadri e modelli di insegnamento-apprendimento), della psicologia individuale (stili e profili di chi apprende), della cultura (variazioni culturali della comunicazione), o nell'ordine più strettamente linguistico (ad esempio: rigore normativo e strutture della prima lingua). Tra i fattori che influiscono sul successo dell'apprendimento rientrano inoltre ogni sorta di pregiudizi e di rappresentazioni, positivi e negativi, a proposito della lingua da apprendere e dei suoi locutori.

*Formazione degli insegnanti e di altri mediatori per l'insegnamento delle lingue straniere:* Tenuto conto delle trasformazioni in corso a tutti i livelli nella formazione di insegnanti di ogni grado, è di grande attualità uno degli aspetti del problema dell'insegnamento scolastico delle lingue straniere, ossia il livello di formazione dei docenti. È di importanza pratica determinare quale relazione (forse sopravvalutata) esista tra il livello delle competenze dell'insegnante e il successo del suo insegnamento della lingua straniera. Occorre inoltre domandarsi se non potrebbero esservi in Svizzera dei ruoli affatto specifici per «mediatori linguistici» d'altro genere, come dovrebbe delinearsi questo campo professionale finora sconosciuto nel nostro paese, quali aspetti delle capacità linguistiche potrebbero essere ragionevolmente sviluppate con successo grazie a tali mediatori linguistici e come dovrebbero essere a tal fine formate le persone interessate.

*Indagini sull'impiego delle lingue:* Malgrado i censimenti diano informazioni sulle lingue effettivamente usate nel contesto familiare e professionale, mancano conoscenze precise sul ruolo e sull'utilità delle competenze linguistiche nella prima lingua e nelle diverse lingue seconde, e ciò sia per le carriere individuali che per il funzionamento delle istituzioni pubbliche. Anche qui occorre prendere in considerazione le funzioni differenziate delle varie competenze. *Nel settore economico*, il ruolo, il livello e l'utilità delle capacità linguistiche dipendono dalla domanda dell'attività, a sua volta differenziata a seconda delle branche e dei settori professionali, e delle lingue seconde; è una domanda che deve essere meglio conosciuta. *Nel settore istituzionale*, ciò che interessa è l'andamento effettivo della comunicazione fra gli utenti e le amministrazioni, sia nelle lingue ufficiali (ad esempio per quanto attiene alla comprensibilità di decreti e ordinanze) che al di là di queste.

In entrambi i settori occorre studiare le relazioni tra competenze linguistiche ed efficienza della comunicazione. Particolare attenzione meritano determinate prassi comunicative meno tradizionali ma ben reali, quali il ricorso ad una Lingua Franca o l'impiego di più lingue nel medesimo interscambio (secondo l'interlocutore o il tema, o avente valore «semplicemente» simbolico), o ancora l'utilizzo del linguaggio dei segni, ecc. Interessa infine anche la ricerca di pratiche che dal punto di vista della comunicazione potrebbero definirsi pervertite, quali il «non-voler-capire» una lingua (eventualmente anche con l'avallo di disposizioni legali).

*Miglioramento delle competenze linguistiche:* Qui interessano gli studi orientati al miglioramento delle competenze linguistiche e della comunicazione, sulla base di analisi della situazione. Strumenti di ricerca adeguati potrebbero consistere in studi-pilota riguardanti precisi interrogativi, tra cui potrebbero rientrare ad esempio, sempre tenuto conto delle condizioni regionali e del multilinguismo dello Stato: il numero, la scelta e l'ordine di sequenza delle lingue straniere a livello scolastico; l'età ottimale per l'introduzione dell'insegnamento della L2; la progressione dei contenuti didattici basata sulle teorie dell'apprendimento; i metodi d'insegnamento ottimali adeguati all'età; le sinergie possibili nell'apprendimento di più lingue; l'efficacia dell'insegnamento bilingue; le possibilità che il multilinguismo dello Stato, ove sfruttato sistematicamente, offre sia per l'insegnamento delle lingue sia, analogamente, per un consolidamento della coesione nazionale; le forme non ortodosse di comunicazione fra i cittadini e lo Stato, ecc.

Oltre al lavoro di natura fondamentale relativo alla competenza linguistica, alla sua caratterizzazione e al suo sviluppo, potrebbero risultare di particolare utilità altri studi: quelli inerenti alla fattibilità pratica, organizzativa e finanziaria di forme e obiettivi di insegnamento meno comuni e socialmente meno accettati, come anche alle possibilità di neutralizzare le condizioni sociali, culturali e regionali sfavorevoli all'acquisizione delle lingue.

### **5.3 Terzo asse di ricerca: Lingua e identità**

L'assuefazione dell'individuo alla propria prima lingua ha inizio prima della nascita; l'acquisizione della lingua procede in stretta connessione con il suo sviluppo cognitivo e in relazione nel contempo «all'apprendimento del mondo». È quindi indubbio il ruolo della lingua per la definizione di sé e per l'integrazione sociale dell'individuo.

Il suo ruolo per l'identità di un individuo e di una comunità è più delicato da determinare. L'esperienza identitaria dell'individuo consiste nel fatto che egli può cogliersi come «se stesso» in una continuità. Ci si può quindi chiedere se e fino a che punto la crescente importanza delle altre lingue nella scuola, nella professione, nei media e nell'ambiente circostante possa modificare o intralciare questa esperienza della sua identità, e in che modo si possano intercettare eventuali effetti negativi del costante confronto con le lingue straniere, ammesso poi che sia necessario farlo. Occorre infatti chiedersi anche se gli attriti che possono derivare dal confronto con altre lingue non debbano essere ricondotti a fattori di natura ideologica piuttosto che a meccanismi psicologici fondamentali.

In questa prospettiva, diventa di attualità la questione delle condizioni e delle peculiarità psicologiche del bilinguismo di acquisizione precoce. Non dovrebbe ormai più sussistere alcun dubbio sul fatto che gli individui che conoscono due lingue prime non sono per questo esposti a problemi psicologici d'identità, poiché vivono il loro plurilinguismo come caratteristica permanente della propria personalità. Si sa tuttavia ben poco riguardo a molte questioni relative al bilinguismo individuale, dall'aggancio neuro-linguistico delle competenze multilinguistiche e delle condizioni della loro acquisizione fino agli effetti socio-psicologici dell'appartenenza a comunità linguistiche diverse e compresenti.

Si giunge così al ruolo della lingua per l'identità delle comunità sociali. Si può presumere che la condivisione della lingua costituisca un importante fattore di coesione sociale nei

gruppi primari. Questa comunanza linguistica non sembra per contro essere sempre determinante per l'identità di gruppi secondari, oppure potrebbe ugualmente dipendere da un processo consapevole d'identificazione e di affermazione identitaria. A favore di ciò parla la constatazione che la coesistenza di lingue diverse in una stessa società è stata la norma lungo tutto il corso della storia (e in un'ottica globale lo è tuttora), mentre il monolinguisma di Stati-nazione di stampo europeo si presenta come una costruzione dei secoli XVIII e XIX. Ciò non cambia però nulla al fatto che anche in Svizzera la lingua diventa sempre più importante come caratteristica identitaria di gruppi etnici, celando un notevole potenziale conflittuale. È d'altronde questo il motivo per cui i problemi sociopsicologici derivanti dalla coesistenza dei gruppi di lingue diverse in seno ad uno Stato multilingue come la Svizzera restano sempre virulenti, non solamente in prossimità delle frontiere linguistiche, ma anche per tutti i membri delle comunità migranti, qui ancor più inaspriti dallo squilibrio giuridico in cui si trovano le rispettive lingue ed i loro locutori.

Il tema di ricerca «Lingua e identità sociale» è particolarmente arduo da affrontare in modo oggettivo. Gli stessi ricercatori, in quanto membri della propria comunità linguistica, non sono pienamente esenti da opinioni e rappresentazioni più o meno stereotipe proprie di tale comunità. Certo, nessuno scienziato proietterebbe ancora oggi sulle altre comunità linguistiche degli stereotipi non vagliati o, inversamente, tenterebbe di mascherare ed armonizzare delle contraddizioni di fatto. La cultura elvetica del consenso presenta tuttavia il rischio di una scissione dello stesso discorso scientifico in una parte ufficiale (ciò che si dice apertamente) e una parte non ufficiale (ciò che si pensa sotto il moggio). Potrebbe essere un'utile impresa appurare se dietro i numerosi paradossi della gestione linguistica elvetica non si celino comportamenti di tale natura. In questo campo sembra irrinunciabile la collaborazione con ricercatori stranieri.

Un ulteriore ambito d'indagine si iscrive nella tensione fra integrazione e multiculturalità. Un ampio bilancio delle azioni individuali e collettive compiute per l'attuazione effettiva della multiculturalità sarebbe un prezioso strumento di riferimento per le decisioni in materia di politica linguistica.

## 6. Destinatari e campi di applicazione dei risultati

Obiettivo del PNR 56 è di contribuire a fornire le basi su cui strutturare una politica linguistica che rafforzi la comprensione tra le diverse regioni linguistiche e che concorra alla costruzione identitaria degli individui nelle loro componenti linguistiche, come allo sviluppo del complesso delle loro competenze linguistiche.

In materia di diritto e di politica, i lavori devono stabilire quali regolamentazioni siano favorevoli per la coesistenza linguistica e in quali ambiti sarebbe invece preferibile non legiferare. Ogni politica linguistica si iscrive infatti sempre in un contesto culturale e storico, che deve essere messo in chiara evidenza se si vogliono creare le condizioni favorevoli ad una politica linguistica che abbia successo. I risultati ottenuti in questo campo consentirebbero senza dubbio una miglior gestione delle lingue nella Svizzera. Questo non dovrebbe essere importante solamente per la politica, per l'amministrazione e per i responsabili ai livelli comunale, cantonale e federale, ma anche per tutti gli attori e gli animatori che operano nel mondo della cultura.

Il PNR 56 dovrebbe fornire una più precisa comprensione dell'apprendimento delle lingue prima, seconda e terza. Devono inoltre essere compiuti studi sulla didattica delle classi a composizione multiculturale e sui fondamenti della didattica linguistica, tesi all'instaurazione di un clima più favorevole all'apprendimento e all'insegnamento nelle scuole. Si attendono anche dei risultati che concorrano a dirimere l'attuale acceso dibattito tra i fautori dell'inglese e i sostenitori di una seconda lingua nazionale per la scelta della prima lingua straniera. Gli insegnanti, i responsabili scolastici, i dipartimenti can-

tonali dell'Istruzione e le istanze politiche dovrebbero essere direttamente coinvolti in questo asse di ricerca. Infine, in materia di uso delle lingue, i lavori attinenti alle competenze plurilinguistiche sia per le relazioni e gli interscambi internazionali che per la costruzione e la trasmissione delle conoscenze sono evidentemente d'importanza tanto per il sistema educativo nel suo insieme quanto per le istanze politiche.

Gli studi relativi all'identità linguistica e alla coesistenza di comunità linguistiche diverse nella Svizzera dovrebbero essere d'interesse per un vasto pubblico. La sfida della pluralità culturale non riguarda solamente le autorità e le istanze politiche, ma anche il settore privato e le imprese, come pure la convivenza nei villaggi e nei quartieri cittadini. Avendo la lingua un valore preponderante nella costituzione identitaria, anche i risultati di questo asse di ricerca sarebbero tali da presentare un notevole interesse.

A livello del Programma, diverse azioni complementari saranno svolte nel corso dei lavori, in modo da rendere pubblici i risultati in funzione dei destinatari. In quest'ottica verrà nominato(a) un(a) incaricato(a) per la valorizzazione.

A livello dei progetti, occorre verificare se, mediante la costituzione di gruppi di accompagnamento formati da professionisti qualificati, sia possibile la realizzazione di determinati studi vicini alla pratica, in modo tale da poterne collegare i risultati direttamente alla pratica. Il comitato direttivo si impegnerà in modo particolare a rielaborare i risultati della ricerca ai fini del loro utilizzo operativo.

## 7. Indicazioni relative alla presentazione dei progetti

Il tema della proposta di progetto deve iscriversi in uno dei tre assi di ricerca qui sopra descritti. Sono particolarmente auspicati progetti aventi le seguenti caratteristiche:

**Acquisizione/apprendimento delle competenze linguistiche:** Subordinatamente alla loro rispondenza ai requisiti scientifici richiesti, saranno trattate in via prioritaria le proposte progettuali che contemplino le attuali problematiche di miglioramento, accelerazione o intensificazione dell'«apprendimento e dell'acquisizione» delle lingue nelle scuole. I responsabili della politica della formazione hanno urgente necessità di documentazione scientifica in questo campo. La signora G. Fuchs della Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione (CDPE) si tiene a vostra disposizione per ulteriori informazioni a riguardo (tel.: 031 309 51 11).

**Studi di chiarimento e di sintesi:** Ove ne possa essere comprovata la necessità, possono inoltre essere presentate sin dall'avvio del programma proposte di studi di valutazione e sintesi che contribuiscano a puntualizzare eventuali lacune nella ricerca od a fornire informazioni in merito all'applicazione operativa del sapere attualmente disponibile.

**Dimensione interdisciplinare:** Quando il tema proposto lo esige, si richiedono progetti interdisciplinari cui partecipino collaboratori di diverse discipline. L'interdisciplinarietà può essere ottenuta anche presentando proposte tematiche di portata trasversale rispetto agli assi di ricerca del Programma.

**Relazione con la ricerca internazionale:** Il PNR 56 deve essere iscriversi nel contesto della ricerca europea e internazionale. Sono quindi graditi progetti che prevedono una relazione con la ricerca internazionale. Ciò può implicare che al progetto siano associati dei partner stranieri, che vengano avviati all'estero degli studi comparativi, o che venga programmato un lavoro in comune (ad esempio sotto forma di soggiorni di ricerca nei laboratori esteri). In ogni caso, ogni richiesta deve essere ben documentata quanto allo stato della ricerca internazionale.

A tale proposito si richiama la convenzione D-A-CH recentemente ratificata fra il Fondo nazionale svizzero, il gruppo di ricerca della Germania e il Fondo austriaco per la scienza.



Questa convenzione consente al FNS di finanziare, in casi motivati, anche dei gruppi di questi due paesi limitrofi.

**Relazione con la ricerca fondamentale:** Le bozze di progetto devono fare riferimento ai numerosi risultati della ricerca fondamentale. Nel corso degli ultimi decenni, le scienze linguistiche hanno compiuto notevoli progressi, importanti per tutti e tre gli assi di ricerca. Anche queste nuove conoscenze dovranno servire come base nella strutturazione di progetti orientati alla pratica. Non sono inoltre da escludere degli studi «meta», a carattere teorico, che utilizzino, in prospettive decisamente nuove, dei dati già disponibili.

**Relazione all'applicazione:** I progetti dovrebbero avere un chiaro rapporto con la pratica. Questo aspetto può ad esempio essere assicurato mediante la costituzione di un gruppo di accompagnamento composto da professionisti qualificati che seguono il progetto e lo integrano con degli input orientati all'applicazione pratica. Sono inoltre ben accetti progetti di collaborazione con i Cantoni.

**Stretta collaborazione con l'Ufficio federale di Statistica:** I progetti che prevedono un rilevamento di dati dovrebbero collegarsi alle indagini internazionali esistenti. Si menzionano in particolare l'indagine ALLSS (Adult Literacy and Life Skills Survey) come anche le indagini svolte nell'ambito del PISA (Program for International Student Assessment). Si auspica una stretta collaborazione con l'Ufficio federale di Statistica, competente per queste raccolte di dati. La persona con cui mettersi in contatto è il signor H. Gilomen.

## 8. Procedura per le proposte di progetti

Come d'uso per i PNR, il Comitato di direzione ha deciso per una procedura di presentazione in due fasi. Questa procedura consente di coordinare meglio i progetti di ricerca e di determinare le priorità.

Nella prima fase, le ricercatrici e i ricercatori interessati al programma presentano una bozza di progetto. Questa bozza deve contenere un compendio succinto del progetto di ricerca previsto e fornire informazioni sui seguenti punti:

- problematica, ipotesi generali e descrizione del contenuto del progetto;
- metodo e calendario;
- orientamento interdisciplinare del progetto;
- chiarimento dell'accesso alle fonti necessarie, ed eventualmente indicazioni concernenti il trattamento dei problemi relativi alla protezione dei dati e del segreto professionale;
- forme e livelli del linguaggio di cui sarà trattata la problematica ed esaminate le ipotesi;
- vantaggi previsti e possibilità di valorizzazione dei risultati;
- costi approssimativi per il personale e il materiale;
- eventuale collaborazione prevista con ricercatori di altre discipline e/o con altri organismi, privati o pubblici.

La bozza del progetto deve essere contenuta in un massimo di cinque pagine. Oltre alla bozza del progetto deve essere compilato un foglio di copertina, scaricabile dal sito [www.snf.ch](http://www.snf.ch).

I progetti di ricerca devono essere limitati a una durata massima di 36 mesi. Tutti i progetti devono essere conclusi al più tardi nel mese di dicembre 2008. Il Comitato di direzione

valuta le bozze di progetto pervenute e decide in ultima istanza, con il concorso di esperti internazionali e sulla base dei criteri di seguito indicati. Le bozze di progetto possono essere presentate nelle quattro lingue nazionali. È ammesso l'inglese.

Nella seconda fase della procedura, il gruppo direttivo invita le autrici e gli autori delle bozze di cui è prevista l'ulteriore elaborazione a presentare al Fondo nazionale svizzero un'istanza di ricerca. In tale occasione vanno rispettate le modifiche richieste dalle esperte e dagli esperti all'atto della verifica delle bozze. Le istanze di ricerca devono essere presentate in conformità alle direttive del Fondo nazionale sui moduli del PNR. Le istanze vengono giudicate dal Comitato di direzione e con il concorso di esperti esterni. Vengono poi inoltrate al Consiglio della ricerca del Fondo nazionale per la delibera definitiva.

### **Criteri di selezione**

La valutazione delle bozze di progetti o delle istanze di ricerca presentate si basa sui seguenti criteri:

**Conformità all'obiettivo:** I progetti devono riflettere gli obiettivi scientifici stabiliti dai moduli di ricerca e devono iscriversi nel quadro globale del PNR 56.

**Qualità scientifica:** I progetti devono corrispondere, sotto l'aspetto sia teorico che metodologico, al livello attuale delle conoscenze e agli odierni standard scientifici internazionali della ricerca. Essi devono inoltre avere una relazione con la ricerca fondamentale.

**Originalità:** I progetti devono trattare nuovi problemi o presentare nuovi punti di vista riguardo a problematiche classiche.

**Applicazione e valorizzazione:** I programmi nazionali di ricerca hanno un esplicito mandato di messa in opera pratica. La priorità spetta quindi ai progetti orientati all'applicazione e alla realizzazione e che hanno una importante pertinenza per la pratica.

**Interdisciplinarietà:** Godranno di particolare attenzione i progetti ad orientamento interdisciplinare.

**Rapporto costi/benefici:** Per le istanze di ricerca, il giudizio include anche il rapporto previsto costi/benefici.

**Personale ed infrastruttura:** Il successo di un progetto può dipendere dall'esperienza scientifica del gruppo di ricercatrici e ricercatori nel campo della ricerca, o dalla disponibilità di una infrastruttura di ricerca adeguata.

### **Calendario**

*Il calendario del PNR 56 è il seguente:*

Bando pubblico: da luglio a ottobre 2004

Presentazione delle bozze di progetto: 10 novembre 2004

Valutazione delle bozze di progetto: da novembre a dicembre 2004

Redazione delle istanze di ricerca: da gennaio a marzo 2005

Valutazione delle istanze: da aprile a maggio 2005

Inizio della ricerca: giugno 2005

Termine dei progetti di ricerca: non oltre il mese di dicembre 2008

Le bozze di progetto devono essere consegnate al più tardi entro il **10 novembre 2004** (data del timbro postale) al seguente indirizzo:

Schweizerischer Nationalfonds  
Abteilung IV, NFP 56  
Wildhainweg 20  
CH-3001 Berna  
Tel. 031 308 22 22  
E-Mail: cmottas@snf.ch

Il piano di esecuzione, il modulo e la copertina per la bozza di progetto possono essere scaricati dal sito <http://www.snf.ch>. Le bozze di progetto (incluse le copertine) e le istanze di ricerca devono essere fatte pervenire al Fondo nazionale sia per posta che per e-mail. Per motivi giuridici, bozze e istanze trasmesse unicamente per via elettronica non possono essere accettate.

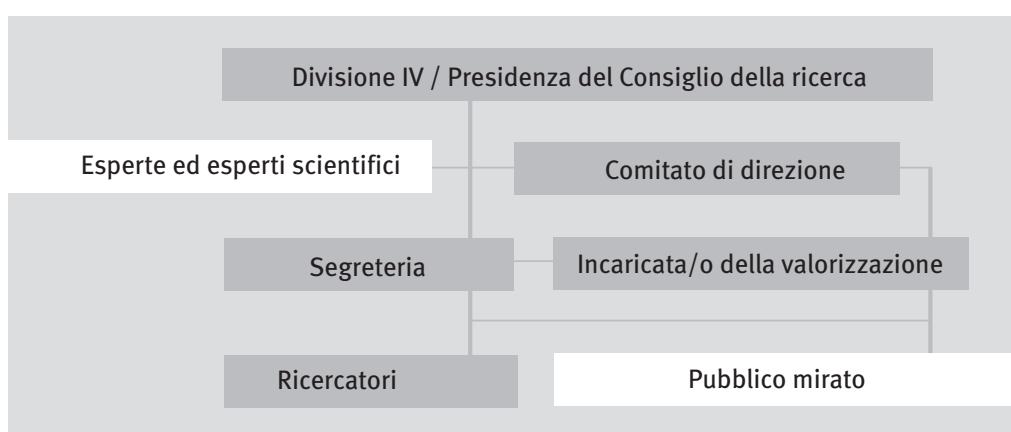
La valutazione del contenuto è preceduta da una verifica formale da parte del Segretariato della Divisione IV (verifica della completezza dei dati e del rispetto del termine di consegna). Le bozze che non rispondono ai criteri formali non vengono sottoposte ad alcuna verifica.

### **Osservazione riguardo all'imposta sul valore aggiunto (TVA)**

Le beneficiarie ed i beneficiari dei contributi versati da FNS non devono pagare alcuna imposta sul valore aggiunto (art. 33 par. 6 lett. c MWSTG), poiché il FNS non conferisce mandati di ricerca nel quadro del programma, ma unicamente contributi per promuovere la ricerca scientifica in Svizzera.

## **9. Organizzazione del PNR**

### **9.1 Gli attori principali**



#### **Divisione IV del Consiglio della ricerca; relatrici e relatori**

La Divisione IV consta di 20 membri, che coprono un'ampia gamma di discipline scientifiche. Essa assume, in seno al Consiglio della ricerca, la responsabilità globale della realizzazione dei Programmi nazionali di ricerca (PNR) e dei Poli di ricerca nazionali (PRN). La presidenza del Consiglio della ricerca decide, su mandato della Divisione IV, in merito all'approvazione o al rigetto dei progetti.

La relatrice/il relatore rappresenta il Consiglio della ricerca della Divisione IV in seno al Comitato di direzione. Ella/Egli sottopone al Consiglio della ricerca le richieste del Gruppo di ricerca per l'approvazione o il rigetto.

### **Il Comitato di direzione**

Il Comitato di direzione è un organo ristretto e flessibile la cui funzione, durante l'intera durata del programma, è principalmente di ordine strategico. Esso è responsabile dell'esecuzione del programma per quanto concerne la sua qualità scientifica, e della sua valorizzazione. Costituisce l'istanza che definisce il programma, che gli fornisce il profilo e che garantisce la continuità e la coerenza necessarie a livello decisionale.

Esso è costituito idealmente da cinque membri e da una presidentessa/un presidente. Le dimensioni scientifica e pratica devono essere rappresentate in un rapporto equilibrato; la dimensione scientifica deve essere di preferenza rappresentata da membri internazionali. Il Comitato di direzione è tenuto a far appello agli esperti più qualificati per determinati compiti specifici quali per esempio l'elaborazione del piano di esecuzione, le perizie compiute nel quadro della valutazione del progetto e per i lavori di valorizzazione.

La relatrice/il relatore e un collaboratore/una collaboratrice scientifico/a della Divisione IV del FNS partecipano alle sedute del Comitato di direzione.

### **Segreteria**

La Segreteria della Divisione IV del FNS è responsabile della gestione operativa. Essa applica le decisioni del Consiglio della ricerca e del Comitato di direzione. È l'organo di riferimento per tutti gli attori in materia amministrativa e finanziaria e organizza l'accompagnamento e il coordinamento del progetto.

### **Esperti/e scientifici/scientifiche**

Un gruppo di esperti/e stranieri/e è a disposizione per periziare i progetti del PNR. Questo gruppo viene consultato dal Comitato di direzione secondo necessità ed assicura la qualità scientifica.

### **Incaricata/o della valorizzazione**

L'incaricata/o della valorizzazione viene nominata/o dal Comitato di direzione d'intesa con il Servizio stampa e informazione del Fondo nazionale svizzero, ed è eletta/o dal Consiglio della ricerca. È responsabile, in base a un mandato chiaramente definito, di concepire la messa in valore adeguata, di realizzare le misure di valorizzazione previste rispettando gli standard professionali, e di garantire la qualità delle relazioni pubbliche. Essa/Egli lavora in stretta collaborazione con la Segreteria del Fondo nazionale. La valorizzazione deve permettere di ottenere un plusvalore (added value) interessante per l'insieme del programma.

## **9.2 Comitato di direzione**

Prof. Walter Haas (presidente),  
Departement für Germanistik, Università di Friburgo

Prof. ém. Daniel Coste,  
ENS. Lettres et Sciences Humaines, Lyon

Prof. Rita Franceschini,  
Fachrichtung Romanistik, Universität des Saarlandes, Saarbrücken

Prof. Hans Goebel,  
Institut für Romanistik der Universität, Salisburgo

Prof. Peter Sieber,  
Pädagogische Hochschule, Zurigo

Prof. Ernest Weibel,  
Institut de Science politique de l'Université, Neuchâtel

### **Osservatori federali**

Constantin Pitsch, Ufficio federale della cultura (coordinatore)  
Heinz Gilomen, Ufficio federale della statistica

### **Osservatrice della Conferenza svizzera dei direttori cantonali dell'istruzione pubblica**

Gabriela Fuchs, CDPE

### **Incaricata/o della valorizzazione**

N.N.

### **Relatore della Divisione IV del Consiglio della ricerca**

Prof. Astrid Epiney, Institut für Europarecht, Friburgo

### **Per l'Ufficio federale dell'educazione e della scienza**

Dr. Claudine Dolt OFES

### **Segreteria Fondo nazionale**

Dr. Christian Mottas FNS  
Fondo nazionale svizzero  
Wildhainweg 20  
3001 Berna  
tel. 031 308 22 22  
cmottas@snf.ch

**Herausgeber | Editeur | Editore**

Schweizerischer Nationalfonds  
zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung  
Abteilung IV, Orientierte Forschung  
Nationale Forschungsprogramme  
Wildhainweg 20, Postfach, CH-3001 Bern  
Telefon +41 (0)31 308 22 22  
Telefax +41 (0)31 305 29 70  
nfp@snf.ch  
www.snf.ch

Fonds national suisse  
de la recherche scientifique  
Division IV, recherche orientée  
Programmes nationaux de recherche  
Wildhainweg 20, Case postale, CH-3001 Berne  
Téléphone +41 (0)31 308 22 22  
Téléfax +41 (0)31 305 29 70  
nfp@snf.ch  
www.snf.ch

Fondo nazionale svizzero per la ricerca scientifica  
Divisione IV, ricerca orientata  
Programmi nazionali di ricerca  
Wildhainweg 20, Scatola di p.o., CH-3001 Berna  
Tel. +41 (0)31 308 22 22  
Fax +41 (0)31 305 29 70  
nfp@snf.ch  
www.snf.ch

**Produktion | Production | Produzione**

Presse- und Informationsdienst, Schweizerischer Nationalfonds  
Service de presse et d'information, Fonds national suisse  
Servizio di stampa e d'informazione, Fondo nazionale svizzero

**Redaktion | Rédaction | Redazione**

Leitungsgruppe NFP 56  
Comité de direction PNR 56  
Comitato di direzione PNR 56

**Gestaltung, Satz | Mise en page, composition | Design, typesetting**

Schenk Beat, Graphic Designer, Bern

**Druck | Impression | Stampa**

Mastra Druck AG, Schönbühl

**Papier | Papier | Carta**

Umschlag, Inhalt | Couverture, Contenu | Copertura, Contenuto  
Munken Lynx 150 gm<sup>2</sup>, 90 gm<sup>2</sup>

**© Juli 2004 | Juillet 2004 | Luglio 2004**

Schweizerischer Nationalfonds, Bern  
Fonds national suisse, Berne  
Fondo nazionale svizzero, Berna

**Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung**

Wildhainweg 20, Postfach, CH-3001 Bern, [www.snf.ch](http://www.snf.ch)

**Fonds national suisse de la recherche scientifique**

Wildhainweg 20, case postale, CH-3001 Berne, [www.snf.ch](http://www.snf.ch)

**Fondo nazionale svizzero per la ricerca scientifica**

Wildhainweg 20, Scatola di p.o., CH-3001 Berna, [www.snf.ch](http://www.snf.ch)